



Arbeitskreis

Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen

Deutsche Evangelische Allianz

AKREF-Nachrichten

Arbeitskreis für Religionsfreiheit – Menschenrechte – verfolgte Christen
der Deutschen Evangelischen Allianz
Ulrike C. Nyboer – redaktion@akref.de

Nachrichten vom 06.04.2018 bis 13.04.2018

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
Ägypten: "al-Sisi ist die derzeit beste Lösung"	4
Ägypten: Düstere Aussichten für Ägyptens Christen	5
Ägypten: Menschenrechtler reagieren mit Sorge auf Todesurteile	6
China: Bibeln aus Onlineshops verbannt	7
China: Gottes Wirken in großer Bedrängnis	9
China: Kardinal Zen erhält Stephanus-Preis	11
China: Weiss-Papier zur Religionsfreiheit	12
Deutschland: Kinder in Kampfanzügen posieren in Moschee	13
Deutschland: 30 Tage Gebet für die islamische Welt	14
Deutschland: Antisemitische Islamisten	15
Deutschland: Brandanschläge auf drei Kirchen	16
Deutschland: Eine Pädagogin im Ruhrgebiet berichtet	17
Deutschland: Islamische Gemeinde weiter unter Beobachtung	18
Deutschland: Mobiles Kreuz im „Raum der Stille“ stößt auf Kritik	19
Europa: Bericht einer Minderheit	20
Griechenland: Zustand der Flüchtlinge auf der Inseln	21
Indien: Erneut schwere Angriffe gegen Christen	22
Indien: Gewalt gegen Christen	23
Indonesien: Adventistischer Missionar getötet	24
Irak: Christen brauchen Solidarität und Gebet	25
Irak: Gibt es eine Zukunft für die verfolgten Christen im Irak?	26
Kongo: 11 Tote bei Anschlägen in der Karwoche	29
Kongo: Entführter Priester freigelassen	30
Kongo: Mord an Pfarrer Étienne Sengiyumva:	31
Kongo: Wieder ein Überfall auf Christen	32
Neues Lernprogramm zum Thema Religionsfreiheit	33
Nigeria: Fulani-Nomaden töteten im März 225 Christen	36
Nigeria: Gefangen, weil sie an Jesus festhält	37
Pakistan: Film über den deutschen „Engel von Karachi“	38
Pakistan: Solidarität mit vertriebenen Christen	39
Paraguay: Initiative "Living Peace"	40
Schweiz: Aufruf zur Kundgebung am 23.6.18	41
Senegal: Gewalt nimmt wieder zu	42
Sri Lanka: Gemeinden gründen schwer gemacht	43
Türkei: Der Fall Andrew Craig Brunson	44
Vietnam: Lebensstandard hat sich verbessert	45
Vietnam: Wie ein Pastor über Gebet denkt	46
Zum Welt-Roma-Tag	48
Links	49

Menschenrechtsorganisationen:	49
Wichtige englischsprachige Internetseiten	49

Ägypten: "al-Sisi ist die derzeit beste Lösung"

Menschenrechtler sehen hingegen düstere Zeiten auf koptische Christen zukommen

Frankfurt am Main/Höxter (idea) – Der Generalbischof der koptisch-orthodoxen Kirche für Deutschland, Anba Damian (Höxter), hat die Wiederwahl von Präsident Abdel Fattah al-Sisi als die derzeit beste Lösung für Ägypten bezeichnet. Der ehemalige General hatte bei der Präsidentschaftswahl Anfang April 97 Prozent der Stimmen erhalten. Einen ernstzunehmenden Konkurrenten hatte er nicht. Auch wenn sich die Lage der koptischen Christen in Ägypten unter al-Sisi eher verschlechtert habe, gebe es zu ihm keine Alternative, so Damian gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur idea. Immerhin sei sein Umgangston gegenüber den Kopten „kultiviert und sanft“. Er erhoffe sich von ihm zukünftig aktive Schritte zur Gleichberechtigung von Kopten im Land und mehr Sicherheit vor Übergriffen. Noch immer würden sie in vielen Bereichen der Gesellschaft als Menschen zweiter Klasse behandelt.

IGFM: Kopten wählten al-Sisi aus Angst vor den Muslimbrüdern

Deutlich kritischer äußerte sich der Vorstandssprecher der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Martin Lessenthin (Frankfurt am Main), gegenüber idea zur Wiederwahl al-Sisis. Er sieht düstere Zeiten auf die koptischen Christen zukommen. „Die Kopten wählten ihn, weil sie wie alle religiösen Minderheiten Ägyptens eine Rückkehr der Muslimbrüder an die Macht mehr fürchten als den starken Arm des Militärpräsidenten und seines herrschenden Militärapparates.“ Die in Ägypten gegründete Muslimbrüderschaft ist eine der einflussreichsten radikalen sunnitisch-islamistischen Bewegungen im Nahen Osten. Nach dem Sturz des mit ihr eng verbundenen Präsidenten Mohammed Mursi im Jahr 2013 wurde sie als Terrororganisation offiziell verboten. Laut Lessenthin zeigten jedoch wiederholte blutige Übergriffe durch Islamisten, dass Polizei und Militär unter al-Sisi nicht in der Lage seien, die Kopten zu schützen. Aus Sicht der radikalen Muslime sei die christliche Minderheit eine bedingungslose Stütze der Militärherrschaft. Sollten sich die Machtverhältnisse wieder ändern, drohe den Kopten die Rache der Islamisten durch systematische Verfolgung. In Ägypten bilden die schätzungsweise bis zu zehn Millionen orthodoxen Kopten die größte Kirche. Hinzu kommen etwa 300.000 Mitglieder der koptisch-evangelischen Kirche, 200.000 Katholiken, mehr als 100.000 Mitglieder von Pfingstgemeinden, Brüdergemeinden und anglikanischen Gemeinden sowie 40.000 Griechisch-Orthodoxe. Rund 90 Prozent der 94,8 Millionen Einwohner Ägyptens sind Muslime.

Ägypten: Düstere Aussichten für Ägyptens Christen

Nach der Präsidentschaftswahl: Die christliche Minderheit wird von Islamisten diskriminiert, bedroht und verfolgt.

(IGFM) Nach Auffassung von Martin Lessenthin, Vorstandssprecher der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) galt ein deutlicher Sieg von Amtsinhaber al-Sisi bei der international kritisierten Wahl bereits vorher als sicher. Der einzige weitere Kandidat, der weitgehend unbekannte Politiker Mussa Mostafa Mussa, hatte sich als Anhänger des Präsidenten zu erkennen gegeben. Sämtliche ernsthaften Gegenkandidaten des Präsidenten waren verhaftet worden oder hatten ihre Bewerbung zurückgezogen. Das jetzt bekannt gegebene Ergebnis ist eine Wahlfarce von al-Sisi. Demnach steigerte sich der Präsident von 96,2 Prozent 2014 auf 97,08 Prozent 2018.

Das Augenmerk der Wahlbeobachter im In- und Ausland richtete sich daher vor allem auf die Wahlbeteiligung, die als Indiz für die Zustimmung für den seit 2014 amtierenden Ex-General gilt. Die Wahlbeteiligung bei der dreitägigen Abstimmung in der vergangenen Woche habe 41,5 Prozent betragen, teilte die Kommission mit.

Selbst die Bestrafung von Nichtwählern hat zu keiner höheren Wahlbeteiligung geführt, stellt die IGFM fest. Eine höhere Wahlbeteiligung scheidet aber nach Auffassung von IGFM-Sprecher Lessenthin nicht in erster Linie an einer Ablehnung der Wahlen durch Anhänger der Muslimbrüder, sondern wegen fehlender Wahlalternativen.

Sichere Wähler von al-Sisi waren Ägyptens gesellschaftlich diskriminierte Christen, die Kopten. Die Kopten wählten al-Sisi, weil sie wie alle religiösen Minderheiten Ägyptens eine Rückkehr der Muslimbrüder an die Macht mehr fürchten, als den starken Arm des Militärpräsidenten und seines herrschenden Militärapparates. Dies obwohl unter der Herrschaft von al-Sisi immer wieder blutige Anschläge von Islamisten auf Kopten zeigen, dass Polizei und Militär nicht in der Lage ist, die Kopten zu schützen.

Die Zukunftsperspektive für die Kopten in Ägypten sind schlecht. Sie sitzen zwischen den Stühlen. Ihre gesellschaftliche Diskriminierung schreitet unter al-Sisi voran. Da sie als bedingungslose Stütze der Militärherrschaft gelten, werden sie immer häufiger Opfer islamistischer Anschläge und bei einer Erschütterung des Herrschaftssystems droht ihnen die Rache der Islamisten durch systematische Verfolgung. In Deutschland lebende Kopten wollen nicht nach Ägypten zurückkehren, weil sie ihre Heimat als für Christen gefährliches Land ansehen.

Ägyptische Menschenrechtsverteidiger, Frauenrechtlerinnen und Demokratieaktivisten werfen al-Sisi vor, dass seine Herrschaft mittlerweile repressiver sei als die von Mubarak. Dies, die anhaltende Wirtschaftskrise samt erheblichen Preissteigerungen schaden dem Ansehen des ägyptischen Staatschefs, der auch wirtschaftliche Stabilität versprochen hatte.

[\[mehr zur Lage der Menschenrechte in Ägypten ...\]](#)

Quelle: IGFM

Ägypten: Menschenrechtler reagieren mit Sorge auf Todesurteile

Die 36 Verurteilten sollen an Anschlägen auf Christen beteiligt gewesen sein

Kairo/Frankfurt am Main (idea) – Mit Sorge hat die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) auf die jüngsten Todesurteile in Ägypten reagiert. Ein Militärgericht hatte gegen 36 Angeklagte die Todesstrafe wegen Anschlägen gegen die christliche Minderheit verhängt. Das Gericht hält es für erwiesen, dass die Männer an drei Bombenangriffen im Dezember 2016 und April 2017 auf Kirchen in Kairo, Tanta und Alexandria beteiligt waren. Dabei starben mehr als 70 Menschen – meist koptische Christen. Die Attentate hatte die Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) für sich beansprucht. Insgesamt waren 48 Personen angeklagt, von denen zwölf auf der Flucht sind. Der Großmufti – er leitet das Rechtsgutachtergremium des Zentrums für islamische Rechtsfragen – muss die vorläufigen Urteile noch bestätigen, seine Entscheidung ist aber nicht bindend.

Es ist nicht sicher, „dass die tatsächlich Schuldigen zum Tode verurteilt wurden“

Die IGFM begrüßt zwar, dass die ägyptische Regierung Mörder von Christen zur Rechenschaft ziehen will. Allerdings seien die Umstände, unter denen das geschehe, besorgniserregend, erklärte der Ägypten-Experte der Menschenrechtsorganisation, Max Klingberg (Frankfurt am Main), gegenüber idea. Die Verfahren der Militärgerichte seien berüchtigt „für die völlige Missachtung rechtsstaatlicher Grundsätze“. Unter Folter erzwungene Geständnisse würden als „Beweismittel“ zugelassen und Urteile im Minutentakt gefällt, so Klingberg. Es sei alles andere als sicher, „dass hier die tatsächlich Schuldigen zum Tode verurteilt wurden“. Ägypten hat sich nach Auffassung der IGFM unter der Präsidentschaft des früheren Geheimdienst- und Militärschefs Abdel Fattah al-Sisi in einen Folterstaat verwandelt, der an Schrecken das Regime des früheren Diktators Hosni Mubarak noch übertreffe.

Die eigentlichen Ursachen der Übergriffe auf Christen geht das Regime nicht an

Die „brachiale Willkür“ des Staatsapparates richte sich auch gegen Menschenrechtler und die gesamte ägyptische Demokratiebewegung, „Die eigentlichen Ursachen für die Übergriffe auf Christen – die islamistische Hetze in Schulen, Universitäten und in radikalen Moscheen – geht das Regime unter al-Sisi nicht an“, so Klingberg. In Ägypten bilden die schätzungsweise bis zu zehn Millionen orthodoxen Kopten die größte Kirche. Hinzu kommen etwa 300.000 Mitglieder der koptisch-evangelischen Kirche, 200.000 Katholiken, mehr als 100.000 Mitglieder von Pfingstgemeinden, Brüdergemeinden und anglikanischen Gemeinden sowie 40.000 Griechisch-Orthodoxe. Rund 90 Prozent der 94,8 Millionen Einwohner Ägyptens sind Muslime.

China: Bibeln aus Onlineshops verbannt

Die Bibel wird scheinbar nicht mehr in chinesischen Onlineshops verkauft. Auch wenn Peking den Druck und Verkauf von Bibeln stets kontrollierte, war es im Internet möglich, das Buch zu kaufen. Dies ist nun offenbar vorbei. Sowohl Open Doors als auch Amnesty International befürchten weitere Einschränkungen der Religionsfreiheit im Land.

In chinesischen Onlineshops kann die Bibel offenbar nicht länger gekauft werden. Das melden unter anderem die New York Times und CNN. Dies sei ein Vorstoß zur Kontrolle der wachsenden religiösen Szene im Land. Den Berichten zufolge hat Peking den Verkauf der heiligen Schrift der Christen schon seit jeher dirigiert. In den vergangenen Jahren konnten Bibeln jedoch auch bei Onlinehändlern erworben werden.

Frauen in China erhalten zum ersten Mal eine Bibel in ihrer Sprache East-Lisu

Die Maßnahmen zur Beschränkung der Bibelverkäufe seien am Wochenende bekannt gegeben worden und diese Woche in Kraft getreten, schreibt die New York Times. Am Donnerstag habe die Onlinesuche bei führenden Onlinehändlern in China, wie JD.com, Taobao und Amazon, quasi ins Leere geführt. Bei Taobao, dem größten Online-Auktionshaus im asiatischen Raum, ergibt die Suche nach „Holy Bible“ keine Treffer von gedruckten Bibeln mehr. Stattdessen findet der Nutzer beispielsweise religiöse Dekorationsartikel. Bei manchen Händlern seien noch Bibelanalysen oder illustrierte Bilderbücher im Angebot gewesen.

Open Doors: „Präsident will Druck auf die Kirchen erhöhen“

Seit Anfang Februar ist in China eine neue Religionsverordnung in Kraft. Das überkonfessionelle christliche Hilfswerk Open Doors erklärt auf Anfrage von pro: „Mit der neuen Religionsverordnung vom 1. Februar 2018 will Präsident Xi Jinping den Druck auf die Kirchen erhöhen und ihre Aktivitäten weiter einschränken. Jegliches Engagement im Bereich religiöser Online-Dienste muss beispielsweise laut Artikel 47 von den Behörden genehmigt werden. Dazu passt das neue Verbot vom Verkauf der Bibel über Onlineverkaufsdienste.“

Markus Rode leitet das Hilfswerk Open Doors Deutschland

Chinas Bürger litten unter Xi Jinping zwar keine Not, „wohl aber an geistlichem Hunger“. Markus Rode, der Leiter von Open Doors Deutschland, erläutert: „In der leidvollen Geschichte der Christenverfolgung in China hat sich gezeigt, dass der extreme Verfolgungsdruck auf Chinas Christen dazu geführt hat, dass die chinesischen Untergrundgemeinden noch schneller gewachsen sind.“ Deshalb glaubt Rode, dass ein Verkaufsstopp von Bibeln im Internet dazu führen werde, „dass die Bibel von den chinesischen Christen noch mehr wertgeschätzt werden wird als zuvor“. Die Kommunistische Partei werde „das Wachstum der christlichen Gemeinden in China nicht aufhalten“.

Christen seien in China die größte gesellschaftliche Kraft, die nicht von der Kommunistischen Partei kontrolliert werde. Das Evangelium breitet sich „in einer seit Jahrzehnten anhaltenden Erweckung besonders durch die Hauskirchennetzwerke aus“. Schätzungen zufolge beläuft sich die Anzahl der Christen auf etwa 130 Millionen, heißt es von Open Doors. Auf dem Weltverfolgungsindex der Organisation ist China aktuell auf Rang 43 unter den Ländern, in denen Christen weltweit wegen ihres Glaubens verfolgt werden.

Bibelgesellschaft: Beobachten Entwicklung aufmerksam

Dem Direktor der internationalen Arbeit der Deutschen Bibelgesellschaft, Horst Scheurenbrand, ist die aktuelle Situation bekannt und seine Organisation beobachte die Entwicklung „sehr aufmerksam“. Auf Anfrage von pro erklärte er: „Wichtig ist es, an dieser Stelle festzuhalten, dass sich die Rechtslage nicht geändert hat. Wie wir von unseren chinesischen Kollegen aus dem Weltverband der Bibelgesellschaften (United Bible Societies Chinese Partnership) wissen, besteht die Regelung, dass Bibeln nur über kirchliche Buchläden verkauft werden dürfen, schon seit den 1980er Jahren, wurde aber nicht immer konsequent angewendet.“

Horst Scheurenbrand ist Direktor der internationalen Arbeit der Deutschen Bibelgesellschaft

Trotz der Einschränkungen sei „das große Interesse an Bibeln in China ungebrochen“. Chinesische Kollegen seien aber auf Unterstützung angewiesen. „Als Weltbibelhilfe unterstützen wir in China Initiativen zur Bibelverbreitung – zum Beispiel Verteilaktionen von Kinderbibeln –, aber auch Übersetzungsprojekte in Minderheitensprachen“, schildert Scheurenbrand. „Aktuell rechnen wir mit keiner Beeinträchtigung unserer Arbeit. Die Weltbibelhilfe wird auch weiterhin

Projekte unterstützen, durch die chinesische Christinnen und Christen Zugang zur Bibel erhalten“, schätzt der Direktor der internationalen Arbeit der Deutschen Bibelgesellschaft die Situation ein.

Stets kontrollierter Verkauf von Bibeln

Laut CNN hätten zwei Onlinehändler auf Anfrage angegeben, dass Kunden auch weiterhin Bibeln bei ihnen kaufen könnten. Dies müsse jedoch durch eine private Nachricht an den jeweiligen Händler angefragt werden. Eine öffentliche Listung beim Online-Auktionshaus Taobao sei nicht möglich.

China habe stets den Verkauf von Bibeln kontrolliert und den Druck und Vertrieb nur staatlich anerkannten Kirchen erlaubt. Diesem Engpass konnte durch den aufkommenden Onlineverkauf über Händler im Internet begegnet werden. Dieser Weg ist nun scheinbar geschlossen worden.

Kontakte mit Christen im Ausland kriminalisiert

Das in Februar in Kraft getretene Religionsgesetz treibe „Gläubige nicht offiziell registrierter Kirchen noch weiter in die Illegalität und den Untergrund“, kritisierte der Asien-Experte und Direktor der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV), Ulrich Delius, vor zwei Monaten.

In einer Pressemitteilung der Gesellschaft für bedrohte Völker aus dem Februar hieß es: „Die Volksrepublik China hat unter Staatspräsident Xi Jinping systematisch die Unterdrückung der Religions-, Presse-, Meinungs- und Internetfreiheit verschärft.“ So seien die neuen Vorschriften des chinesischen Religionsgesetzes „so unpräzise formuliert, dass für vermeintlich illegale religiöse Aktivitäten willkürlich hohe Geldstrafen verhängt oder Kircheneigentum beschlagnahmt werden kann“. Kontakte mit Christen im Ausland würden massiv erschwert und kriminalisiert. Auch die christliche Jugendarbeit soll ebenfalls stark eingeschränkt werden, hieß es von der GfbV. Alle Priester und Pastoren seien aufgefordert, sich offiziell registrieren zu lassen, „um eine lückenlose Überwachung zu ermöglichen“.

Der Generalsekretär von Amnesty Deutschland, Markus N. Beeko, erklärte Mitte Februar bei der Vorstellung des Jahresreports 2017/2018: „In China wurden die Bestimmungen über religiöse Angelegenheiten verschärft und dazu benutzt, das Recht auf Religions- und Glaubensfreiheit [...] noch stärker zu beschneiden als bisher.“

Von: Martina Blatt aus Christliches Medienmagazin pro

China: Gottes Wirken in großer Bedrängnis



Bild: Mao konnte die Kirche nicht auslöschen – Untergrundkirche in China

Neues Religionsgesetz bedroht Glaubensfreiheit erheblich

Am 1. Februar ist in China eine neue Religionsverordnung in Kraft getreten. Sie eröffnet staatlichen Institutionen neue Kontrollmöglichkeiten und reguliert alle religiösen Aktivitäten im Land. Die Regierung will dadurch angeblich „die Religionsfreiheit der Bürger schützen“. Einige chinesische Kirchenleiter sehen in der Verordnung jedoch einen unzulässigen Eingriff in genau diese Freiheit, denn sie macht detaillierte Auflagen für die Registrierung religiöser Organisationen und die Nutzung von Gebäuden für religiöse Aktivitäten. Lokale Religionsbehörden sind befugt, nach eigenem Ermessen über entsprechende Anträge zu entscheiden. Religiöse Lehrer oder Mitarbeiter religiöser Institutionen werden zur Auskunft gegenüber diesen Behörden verpflichtet.

Die Verordnung umfasst auch religiöse Aktivitäten im Internet. Laut Artikel 47 unterliegt jegliches Engagement im Bereich religiöser Online-Informationendienste der Untersuchungs- und Genehmigungspflicht durch die Behörden.

Pastor Liang aus China beim Open Doors Tag in Heilbronn

Pastor Liang (Name geändert) wurde wegen seines Bekenntnisses zu Jesus mehrfach ins Gefängnis geworfen. Nach einem Gefängnisaufenthalt sagte er: „Danke, dass ihr und andere euch um meine Freilassung bemüht habt. Andererseits bin ich froh, dass ihr damit nicht erfolgreich wart ... denn sonst würde es in dem Gefängnis keine Gemeinde geben.“ Und weiter: „Gott hat mich berufen, Gefängnisinsassen das Evangelium zu bringen. In China gibt es nicht die Möglichkeit, dass Gemeinden ins Gefängnis gehen, um dort zu predigen. Du musst selbst inhaftiert sein, um dort das Evangelium zu verkünden. Das konnte ich über viele Jahre für viele Menschen. Dann habe ich sie im Gefängnis getauft. Diese Menschen hätte ich kaum jemals außerhalb des Gefängnisses treffen können.“ Pastor Liang wird beim Open Doors Tag in Heilbronn sprechen.

Hinweis [Open Doors Tag in Heilbronn](#): Am 12. Mai berichten Christen aus China, Nordkorea, Pakistan, Ägypten und Syrien im Veranstaltungszentrum redblue in Heilbronn über die Situation verfolgter Christen. **GEMEINSAM** lautet das Thema des Open Doors Tages mit Hinweis auf die EINE Gemeinde. Ein Programm für Kinder wird angeboten. Der [Open Doors Jugendtag „RISKTAKERS“](#) mit musikalischer Gestaltung durch die Outbreakband findet bereits am 10. Mai statt. Am 11. Mai kommen wir zu einem [Gebetsabend](#) für Nordkorea und die islamische Welt zusammen. Wir laden Sie herzlich dazu ein.

Nachricht bereitgestellt von

(Open Doors, Kelkheim) – Was Gott seit vielen Jahren in China tut, ist geeignet, unsere Zuversicht und unseren Glauben stärken. Mao Tse Tung hatte die chinesischen Kirchen in den 1960er und 1970er Jahren schwer unterdrücken und verfolgen lassen. Zahllose Christen wurden

ins Gefängnis oder Straflager gebracht, viele getötet. Doch das Evangelium breitete sich im Untergrund aus und die Kirche in China ist heute wieder stark und sichtbar – zu stark in den Augen der Kommunistischen Partei unter Staatschef Xi Jinping.

China: Kardinal Zen erhält Stephanus-Preis

Berlin (idea) – Für seinen Mut und seine Beharrlichkeit im jahrzehntelangen Einsatz für die Freiheitsrechte hat der frühere Bischof von Hongkong, Kardinal Joseph Zen Ze-kiun (86), den „Stephanus-Preis“ erhalten. Die Auszeichnung ist nach dem Diakon der christlichen Urgemeinde, Stephanus, benannt, der als erster Märtyrer wegen seines Bekenntnisses zu Jesus Christus gesteinigt wurde. Die Vorstandsvorsitzende der „Stephanus-Stiftung für verfolgte Christen“, Michaela Koller (Frankfurt am Main), überreichte den mit 1.000 Euro dotierten Preis am 7. April in Bonn. Zen, er war von 2002 bis 2009 Bischof von Hongkong, sei ein „authentischer Verteidiger der Menschenrechte, der Religionsfreiheit und der Gleichberechtigung der Christen“. Er setze sich dafür ein, dass China sich ausdrücklich zur Religionsfreiheit bekennt und der Verfolgung aus religiösen Gründen ein Ende setzt. Der stellvertretende Generalsekretär der Weltweiten Evangelischen Allianz, Bischof Thomas Schirmacher (Bonn) sagte in seiner Laudatio, dass das „total friedliche und respektvolle, jedoch kühn und risikoreiche Handeln“, mit dem sich der Kardinal für die Unterdrückten und Verfolgten einsetze, ihn zu einem mehr als würdigen Empfänger des Stephanuspreises mache. Zen habe zudem eine wichtige Rolle bei der Einigung der Menschenrechtsverteidiger in Hongkong gespielt. Sie treffen sich jedes Jahr am 1. Juli – dem Jahrestag der Übergabe Hongkongs an China im Jahr 1997 –, um gegen den politischen Einfluss der Kommunistischen Partei auf das System in der Sonderverwaltungszone zu demonstrieren. Der Kardinal wolle auch in diesem Jahr bei dem Protestmarsch der Civil Human Rights Front (Bürgerlichen Menschenrechtsfront) ganz vorne mit dabei sein. Als er im Jahr 2014 die Demonstranten aufforderte, deutlich zu zeigen, dass sie keine Sklaven, sondern frei sein wollten, seien sie mit Tränengas angegriffen worden, berichtete Schirmacher, der auch Präsident des Internationalen Rates der IGFM ist.

Der Kardinal kritisiert den Vatikan

Die Situation hat sich Zen zufolge in China in den vergangenen Wochen verschärft. Am 1. Februar in Kraft getretene neue Religionsgesetze regeln unter dem Vorwand, Einmischung von außen abzuwehren, das religiöse Leben bis ins kleinste Detail. Ein Austausch im Internet, die Einfuhr religiöser Literatur und Auslandsreisen zu religiösen Treffen werden begrenzt. Totalitäre Regime haben Zen zufolge nur ein Ziel: „Die Kontrolle über alles und über jeden.“ Zudem hat Zen in den vergangenen Wochen vor einem „faulen Kompromiss“ zwischen dem Vatikan und dem kommunistischen Regime gewarnt. Ihm zufolge könnte die Frage, wie Bischöfe ernannt werden, neu in Sinne Chinas geregelt werden. Die dortige katholische Kirche ist gespalten in eine romtreue Untergrundkirche und eine offizielle Staatskirche, die „Patriotische Vereinigung“. 30 Untergrundbischöfe sind ohne Genehmigung Pekings tätig, sieben „patriotische“ Bischöfe nicht von Rom anerkannt.

Wie die Stephanus-Stiftung hilft

Die Stephanus-Stiftung möchte verfolgten Christen in ihrer Not beistehen und durch ihre Öffentlichkeitsarbeit auf die „Verletzung des Rechts auf Religionsfreiheit aufmerksam machen und die Hintergründe aufklären“, heißt es in den Statuten der Stiftung. Sie unterstützt außerdem in Not geratene Christen mit einem Zuschuss zum Lebensunterhalt und zu Anwaltskosten. Den Stephanus-Preis erhielt bisher unter anderen die pakistanische Menschenrechtsanwältin Aneeqa Anthony (Lahore). Sie verteidigt Christen vor Gericht, die wegen angeblicher Beleidigung des Korans oder des islamischen Propheten Mohammed angeklagt sind. Weitere Preisträger sind der chaldäisch-katholische **Erzbischof Louis Sako (Kirkuk/Irak)**, die **syrisch-orthodoxe Ordensfrau Schwester Hatune Dogan (Warburg/Westfalen)** und **Pfarrer Gottfried Martens (Berlin)** von der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK). Er erhielt die Ehrung für seinen Einsatz für Christen, die in deutschen Flüchtlingsunterkünften unter Übergriffen durch Muslime leiden. Die Stiftung vergibt zudem einen Sonderpreis für Institutionen, die sich besondere Verdienste im Einsatz für verfolgte Christen, christliche Gemeinschaften und Gemeinden erworben haben. Diese Auszeichnung bekam unter anderen die Evangelische Nachrichtenagentur idea (Wetzlar). Gründer der „Stephanus-Stiftung für verfolgte Christen“ (Frankfurt am Main) ist Oberstudienrat i. R. Wolfgang Link (Gengenbach/Schwarzwald). Die Vorstandsvorsitzende Koller ist Referentin für Religionsfreiheit der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM).

China: Weiss-Papier zur Religionsfreiheit

Büro für Religiöse Angelegenheiten nun unter dem Zentralkomitee

[XH] Im Zusammenhang mit einer umfassenden Änderung der Zuständigkeiten für diverse bürokratische Institutionen in China kam es nun zu einer gravierenden Änderung für das staatliche „Religionsbüro“, also der Behörde, welche die Religionen zu überwachen hat. Diese Behörde war wie auch diverse andere Behörden bisher dem Staatsrat, also der Regierung, unterstellt und soll nun über die „Vereinigte Arbeitsfront Abteilung“ direkt dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei unterstellt werden. Es hieß, durch diese Maßnahme werde die Leitungsfunktion der Partei über alle Bereiche der Gesellschaft weiter ausgebaut.

Weiss-Papier zur Religionsfreiheit

[XH] Das Informationsbüro des Staatsrats, also des chinesischen Kabinetts, hat ein sogenanntes Weiss-Papier herausgegeben, in welchem festgehalten wurde, dass die Freiheit des religiösen Glaubens geschützt und garantiert sei unter dem „sozialistischen Rechtssystem mit chinesischer Charakteristik“.

Was sich auch immer unter dieser parteisprachlichen Formulierung verbergen mag, in der Praxis wird dies wohl bedeuten, dass auch dieses offizielle Papier geduldig sein wird.

Bibeln können nicht mehr über das Internet gekauft werden

[SCMP] Seit dem 30. März ist es in China nicht mehr möglich Bibeln über Internet-Händler zu kaufen. Die Händler wurden von der Staatlichen Religionsbehörde aufgefordert, den Verkauf der „ausländischen Bücher“ einzustellen. *Damit liegt dieses Verbot ganz auf der Linie der Interpretationsmöglichkeiten der neuen Religionsvorschriften, die am 1. Februar in Kraft getreten sind.*

Hausgemeinden gehen durch schwere Zeiten

[CS] Die nicht-registrierten Hausgemeinden Chinas gehen durch schwere Zeiten seit dem Inkrafttreten der neuen Vorschriften für religiöse Gemeinschaften am 1. Februar. Die Gemeinden stehen vor der Frage, ob sie sich nun nicht doch registrieren lassen und sich damit der Religionsbehörde unterstellen sollen oder ob sie sich in viele kleine Hausgemeinden auflösen sollen, um auf diese Weise von den Behörden weit weniger als illegale Gruppe entdeckt und kontrolliert werden zu können. Ein sehr großes Problem ergibt sich auch allein schon daraus, dass es viel zu wenige Leiter von Kleingruppen gibt.

Sehr spät, aber nicht zu spät

[CS] In Jiangyou in der Sichuan-Provinz fand in einer Hausgemeinde mit rund 200 Gemeindegliedern ein Gottesdienst statt, in dem 11 neue Gläubige getauft wurden. Der jüngste Täufling war Mitte dreißig, 9 weitere waren im Alter von 60 oder 70 Jahren. Der älteste Täufling war Frau LEI Shuqun. Im Alter von 100 Jahren sprachen ihre Nachbarn mit ihr über das Evangelium von Jesus Christus. Auf diese Weise wurde ihr Interesse an der frohen Botschaft so stark geweckt, dass sie im Sommer die 4 km bis zur Kirche selber zu Fuß ging und in den kalten Monaten wurde sie in einem Rollstuhl dorthin geschoben. In großer geistiger Frische hat sie nun im Alter von 102 Jahren die Taufe empfangen.

Quelle: China – Informationen 2018 - 08

Deutschland: Kinder in Kampfanzügen posieren in Moschee

Politiker: Bundesregierung soll Unterstützung für DITIB überdenken

Herford (idea) – Auf scharfe Kritik ist eine Veranstaltung der Herforder Gemeinde des türkisch-islamischen Verbandes DITIB (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion) gestoßen. Davon wurden im Internet Fotos und Videoaufnahmen veröffentlicht, die etwa fünf bis acht Jahre alte Jungen in Kampfanzügen zeigen. Die Kinder laufen mit Spielzeugwaffen und türkischen Fahnen umher, rufen militärische Kommandos und salutieren. Anlass der Aufführung war der „Gedenktag für den Sieg und die Märtyrer von Çanakkale“, den die Türken jedes Jahr am 18. März begehen. Er erinnert an eine Schlacht im Ersten Weltkrieg. Dabei hielt die osmanische Artillerie britische und französische Kriegsschiffe davon ab, Konstantinopel (das später in Istanbul umbenannt wurde), die Hauptstadt des Osmanischen Reiches, einzunehmen. Der frühere Bundestagsabgeordnete Volker Beck (Bündnis 90/Die Grünen), jetzt Lehrbeauftragter am „Centrum für Religionswissenschaftliche Studien“ der Ruhr-Universität Bochum, wirft der mit DITIB verbundenen türkischen Religionsbehörde Diyanet vor, den Gedenktag „für die Unterstützung des völkerrechtswidrigen Vorgehens“ der Türkei im syrischen Afrin gegen die Kurden zu instrumentalisieren. Die Veranstaltung in Herford liege „auf der Linie der DITIB-Führung und der ihr vorgesetzten Behörde Diyanet in Ankara“. Beck forderte das Land Hessen auf, die Anerkennung von DITIB als Religionsgemeinschaft zurückzunehmen.

CDU-Politiker: Beispiel für Parallelgesellschaften, die sich verfestigen

Kritik an der DITIB-Veranstaltung übte auch der Europaabgeordnete Arne Gericke (Freie Wähler) bei einem Besuch in Herford. Heranwachsende würden „politisch instrumentalisiert“: „Kinder, die in einer staatlich geförderten, religiösen Einrichtung – in Militär- und Kampfkleidung gesteckt – salutieren, kann man sicher nicht als Bagatelle abtun.“ Die Bundesregierung solle ihre Unterstützung für den Moscheeverband überdenken. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Carsten Linnemann (Paderborn) nannte die Bilder laut Westfalen-Blatt „verstörend“: „Das ist ein eindrucksvolles Beispiel dafür, dass Parallelgesellschaften nicht nur existieren, sondern dass sie sich auch verfestigen“. Necati Aydin vom Vorstand der Herforder DITIB-Moscheegemeinde sprach gegenüber dem „Westfalen-Blatt“ von einem „Fehler“. Aufgrund der Erkrankung des ursprünglichen Leitungsverantwortlichen habe „die übliche Qualitätskontrolle“ nicht erfolgen können. Die Darbietung sei „ohne unser Zutun entstanden und findet nicht unsere Zustimmung“, so Aydin. DITIB war schon wiederholt in die Kritik geraten, weil die türkische Regierung unter Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan über sie Einfluss auf die Mitglieder der Moscheegemeinden in Deutschland nimmt.

Deutschland: 30 Tage Gebet für die islamische Welt



(AKREF) Vom **16. Mai bis 14. Juni 2018** feiern Muslime Ramadan. AKREF ruft Christen auf, während dieser Zeit verstärkt für Muslime zu beten. Die Begleithefte geben Ideen für die Gebetszeit. Es liegen wieder zwei unterschiedliche Hefte für Kinder und für Erwachsene bereit. Sie sollen gleichzeitig das Verständnis für Muslime, ihre Religion und Kultur vertiefen. Das Gebet ist ein Privileg aber auch eine Herausforderung im geistlichen Kampf mit der unsichtbaren Welt. Wir laden Sie herzlich ein, sich am Gebet zu beteiligen! Auf beten liegt Segen!

Werfen Sie schon mal einen Blick in die Hefte und bestellen Sie die benötigte Anzahl im Allianzhaus der DEA. Auch geeignet für Schulklassen u.a. im Religionsunterricht. Für Smartphone-Besitzer steht eine App für jeden Tag mit den Anliegen zur Verfügung. Unter www.deutschlandbetet.de finden Sie die App "30 Tage Gebet" zum Downloaden.

Die Hefte als Gebetsgrundlage können jetzt bestellt werden für Erwachsene oder als Familienausgabe.

Bestellung:

Die Deutsche Evangelische Allianz, Esplanade 5-10a

07422 Bad Blankenburg

Telefon: +49 (0)36741-2424 / Fax : -3212

E-Mail: [info at ead.de](mailto:info@ead.de)

für die Evangelische Allianz Schweiz: [info at each.ch](mailto:info@each.ch)

und für Evangelische Allianz Österreich: [groetzinger at evangelischeallianz.at](mailto:groetzinger@evangelischeallianz.at)

und in anderen Sprachen siehe: www.pray30days.org

auch online erhältlich unter: <https://30tagegebet.de/meta-navigation/heftbestellung/>

Deutschland: Antisemitische Islamisten

Vorsitzender des Zentralrates der Juden: Mit Ermahnungen ist es nicht getan. Antisemitischen Islamisten notfalls das Bleiberecht entziehen

Berlin (idea) – Mehr Härte des Staates gegen den islamistisch motivierten Antisemitismus wünscht sich der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, Josef Schuster (Würzburg). Muslimische Migranten, die in ihren Heimatländern mit Juden Hass aufgewachsen seien, lebten diesen hier luthals und zum Teil gewalttätig aus, sagte Schuster in einem Interview mit der „Welt am Sonntag“. Er fürchte, dass es ihnen gegenüber mit Ermahnungen und Geldstrafen nicht getan sei. Wer gegen die Grundordnung und die Werte in Deutschland verstoße, dem müsse „im schärfsten Fall“ das Bleiberecht entzogen werden. Schuster plädiert dafür, eine Meldepflicht für alle antisemitischen Straftaten in ganz Deutschland einzuführen. Nichts Neues sei der Juden Hass von rechtsextremer Seite. Hinzu komme seit einigen Jahren „ein lauter werdender Antisemitismus von Teilen der politischen Linken“. Er komme unter dem Deckmantel der Israelkritik daher und verneine in letzter Konsequenz das Existenzrecht Israels. Am meisten Sorge bereite dem Zentralrat der Juden aber im Moment der islamistisch motivierte Antisemitismus, so Schuster. Nach seinen Worten gibt es zu viele Moscheen in Deutschland, in denen Hass auf Juden und Israel gepredigt werde: „Wenn dieser Misstand nicht behoben wird, wird auch das längste und intensivste interreligiöse Gespräch wenig bringen.“

Deutschland: Brandanschläge auf drei Kirchen

Die Staatsanwaltschaft hat bisher keine Hinweise auf die Täter

Heiligenhafen (idea) – Unbekannte haben die Türen von drei Kirchen in Heiligenhafen (Ostholstein) angezündet. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft Lübeck legten Brandstifter zunächst in der Nacht auf Ostermontag (2. April) an der Holztür der evangelischen Stadtkirche in Heiligenhafen Feuer. Der Schaden lasse sich noch nicht beziffern, sagte eine Mitarbeiterin der Kirchengemeinde der Evangelischen Nachrichtenagentur idea. Am Morgen des 5. April sei außerdem ein gläsernes Hinweisschild der Gemeinde zerstört worden. Um das Feuer zu legen, schichteten der oder die Täter laut Staatsanwaltschaft ein Häufchen Unrat sowie Zeitungspapier vor der Tür der Stadtkirche auf und zündeten es an. Auf ähnliche Weise seien auch die Brandanschläge am frühen Morgen des 4. April an den Türen der römisch-katholischen Kirche Sankt Ansgar sowie der neuapostolischen Kirche in Heiligenhafen abgelaufen. Bei keiner Kirche griff das Feuer auf das Innere der Gebäude über. Hinweise auf den oder die Täter oder mögliche Motive gebe es noch nicht, so die Staatsanwaltschaft.

Deutschland: Eine Pädagogin im Ruhrgebiet berichtet

Lehrerin: Viele Schüler kommen „gehirngewaschen“ aus Moscheen Eine Pädagogin im Ruhrgebiet berichtet über ihre Erfahrungen mit jungen Muslimen

Köln (idea) – In der Debatte um Islamismus an Schulen schlägt jetzt eine Lehrerin im Ruhrgebiet angesichts ihrer Erfahrungen mit muslimischen Kindern und Jugendlichen Alarm. Die Pädagogin, die anonym bleiben möchte, äußert sich in der feministischen Zeitschrift „Emma“ (Köln). Ihren Beitrag verfasste sie unter dem Namen Andrea F. Sie unterrichtet nach eigenen Angaben an einer Schule „mit einem sehr hohen Anteil muslimischer Schülerinnen und Schüler“. Diejenigen der Klassen fünf bis zehn kämen „zum großen Teil völlig gehirngewaschen aus den umliegenden Moscheen in den Unterricht“. Die Lehrerin ist nach eigenen Angaben „auf extrem großen Widerstand“ gestoßen, als sie in einer 10. Klasse über die Entstehung der Welt gesprochen habe: „Wir hatten einen Film über Darwin gezeigt und die Evolutionstheorie gesehen, und der wurde geradezu ausgebuht. Die Schüler bestanden darauf, dass Allah die Welt erschaffen hat und basta.“ Als sie vorsichtig darauf hingewiesen habe, dass auch der Koran ein Menschenwerk und damit kritisierbar sei, „tobte der ganze Kurs“. Die Reaktion der Schüler: „Nein, Allah hat Mohammed den Koran in die Feder diktiert.“ Ihr Versuch, mit den Jugendlichen zu sprechen, sei gescheitert, so die Lehrerin: „Nicht der Hauch einer Einsicht, dass man den Koran vielleicht nicht mehr auf heute beziehen kann, weil er historisch zu lesen ist.“

Lehrer trauen sich kaum noch etwas über „islamistische Schüler“ zu sagen

Die Ohnmacht der Lehrer werde daran deutlich, dass sie im Unterricht kaum noch etwas gegen „islamistische Schüler“ sagten, „weil sie dann selbst – nicht etwa die Schüler – am Pranger stehen und zur Schulleitung zitiert werden“. Ihr selbst sei es so ergangen, so die Lehrerin, weil sie es gewagt habe zu äußern, „dass der Islam wie jede andere Religion auch kritisierbar sei“. Für problematisch hält sie auch das Frauenbild der muslimischen Jungen: „Sobald es darum geht, was Mädchen zuhause dürfen und was Jungs dürfen, sind wir wieder voll im Mittelalter.“ Die Jungen prahlten damit, zu Prostituierten zu gehen, aber sehe ein muslimisches Mädchen einen Jungen auch nur an, sei sie sofort „die letzte Schlampe“.

Viele Schüler stellen den Islam über das Grundgesetz

Der Lehrerin zufolge stellen viele ihrer muslimischen Schüler den Islam über das Grundgesetz und gäben dies offen zu. Das gelte auch für meisten Muslime in der Oberstufe bis hin zu den Abiturienten. Diese Haltung werde von den Schulleitungen billigend in Kauf genommen. Laut der Autorin ist in manchen Klassen ein geordneter Ablauf kaum noch möglich. Für die Lehrer gehe es nur noch darum, „die Horde einigermaßen zu bändigen, bis es gongt“. Nach Meinung der Pädagogin müsste es „viel härtere Sanktionen gegenüber unverschämten, respektlosen Schülern geben“. Viele wollten sich gar nicht integrieren und zumindest eine Ausbildung machen. „Andrea F.“ spricht deshalb von „verschwendeten Ressourcen“. Ihren Beitrag beendet sie mit den Worten: „Der Maulkorb für Lehrer muss weg. Die Angst der Lehrer muss weg.“

Deutschland: Islamische Gemeinde weiter unter Beobachtung

Bayerischer Verfassungsschutz: Sie transportiert eine extremistische Ideologie

Nürnberg/München (idea) – Die Islamische Gemeinde Nürnberg wird weiter vom bayerischen Verfassungsschutz beobachtet. Das geht aus dem Jahresbericht 2017 der Behörde hervor. Während der Klausurtagung der Bischofskonferenz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) Mitte März in Nürnberg hatten sich die Teilnehmer mit Vertretern des örtlichen Arbeitskreises der Muslime in der Moschee der Gemeinde getroffen. Zu der kirchlichen Besuchergruppe gehörte auch der EKD-Ratsvorsitzende, der bayerische Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm (München). Nach der Begegnung hatte der Leitende Bischof der VELKD, Landesbischof Gerhard Ulrich (Schwerin), für die Gastfreundschaft gedankt: „Sie haben uns teilhaben lassen an Ihren Glaubenserfahrungen und Ihrer Gemeinschaft.“ Der VELKD gehören sieben Landeskirchen mit insgesamt rund neun Millionen Mitgliedern an.

Bestrebungen gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung

Wie es im Verfassungsschutzbericht heißt, ist die Nürnberger Moschee der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland (IGD) nachgeordnet. Deren Anhänger seien bemüht, „ihre Verbindung zur Muslimbruderschaft in öffentlichen Verlautbarungen nicht zum Ausdruck zu bringen“. Doch ihre Bestrebungen richteten sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland. IGD-Anhänger würden aufgefordert, Flüchtlingen zu helfen, etwa durch Übersetzungsdienste. Weiter heißt es: „Durch soziale Unterstützung will die IGD eine Vertrauensbasis schaffen, um ihre extremistische, integrationsfeindliche Ideologie zu transportieren.“ Langfristig sollten Flüchtlinge als Unterstützer oder Mitglieder gewonnen werden. Gerade die Moscheen in München und Nürnberg erhielten vermehrt Zulauf von Flüchtlingen.

Innenminister: Größte Bedrohung durch islamischen Terrorismus

Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) sagte bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes in München, dass vom islamischen Terrorismus „die größte Bedrohung für unsere Demokratie ausgeht“. Die westlichen Gesellschaften seien dauerhafte Ziele der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS). Er rufe seine Anhänger verstärkt dazu auf, Anschläge in ihren Herkunftsländern zu begehen – auch in Europa. Durch Angriffe mit Messern oder Fahrzeugen solle „ein diffuses Klima der Angst“ erzeugt werden. Aus Bayern sind nach Herrmanns Worten seit 2012 70 Islamisten in Richtung Syrien und Irak ausgewandert. 26 seien nach Deutschland zurückgekehrt, 21 von ihnen nach Bayern. Bei fünf Personen habe man Erkenntnisse, „dass sie sich vermutlich aktiv an Kampfhandlungen beteiligt haben“. Sie seien ein Risiko. Wie Herrmann weiter sagte, leben derzeit 730 radikal-islamische Salafisten in Bayern. Rund ein Viertel sei gewaltorientiert.

Deutschland: Mobiles Kreuz im „Raum der Stille“ stößt auf Kritik

Wetzlarer Klinikum: CDU-Bundestagsabgeordneter: Muslime sollten ein Kreuz an der Wand akzeptieren

Wetzlar (idea) – Ein mobiles Kreuz im neuen „Raum der Stille und des Gebetes“ am Klinikum Wetzlar der Lahn-Dill-Kliniken ist auf Kritik gestoßen. In dem Raum liegen für Christen Bibeln, Gebets- und Gesangbücher aus. Für Muslime gibt es Koranausgaben, Gebetsteppiche, Kopfbedeckungen und Gebetsketten. Für die richtige Orientierung beim Gebet in Richtung Mekka sorgt eine Markierung auf dem Fußboden. Bei der Einweihung des Raumes nannte der Medizinische Direktor der Lahn-Dill-Kliniken, Norbert Köneke, den Raum ein Zeichen des friedlichen Miteinanders aller Glaubensrichtungen: „Wir wollen mit dem Gebetsraum Menschen aller Religionen die Möglichkeit geben, ihre Traditionen zu wahren, und gleichzeitig einen Raum der Begegnung schaffen.“ Die Vorsitzende des Wetzlarer Interkulturellen Rates, Ingrid Knell, nannte bei der Einweihung Christen und Muslime Kinder Abrahams. In dem Raum flehe man um Genesung und danke für Heilung und Erlösung aus der Krankheit – jeder, „wie er es als Kind erlernte“.

Irmer: Äußerlichkeiten dürfen keine Rolle spielen

Der Wetzlarer CDU-Bundestagsabgeordnete Hans-Jürgen Irmer zeigte sich im Gespräch mit der Evangelischen Nachrichtenagentur idea irritiert darüber, dass das Kreuz mobil sei und es während muslimischer Gebete außerhalb des Raumes aufgestellt werden könne: „Wenn dies ein Raum der Begegnung für alle Religionen ist, müssen Muslime akzeptieren, dass an der Wand ein Kreuz hängt.“ Umgekehrt gelte für Christen, dass sie die dort aufbewahrten Gebetsketten und -teppiche tolerierten. Irmer: „Wenn Menschen gleich welchen Glaubens um Genesung bitten, dann dürfen Äußerlichkeiten eigentlich keine Rolle spielen.“ Muslime verlangten immer wieder Toleranz für ihre Sitten und Gebräuche, doch offenbar tolerierten sie selbst nicht, dass in einem gemeinsamen „Raum der Stille“ ein Kreuz hänge. Der Politiker: „Wahre Toleranz sieht anders aus.“

Pressesprecherin: Das Kreuz wird nur selten bewegt

Nach den Worten der Pressesprecherin der Lahn-Dill-Kliniken, Stefanie Mohr, wird der Raum gut angenommen und täglich benutzt. Allerdings werde das Kreuz – ein Prozessionskreuz – nur selten bewegt. Die Lahn-Dill-Kliniken behandeln jährlich rund 40.000 Patienten stationär. Mit 915 Betten und mehr als 2.200 Mitarbeitern sind sie einer der größten Klinikverbände in Hessen.

Europa: Bericht einer Minderheit

Das Elend der Roma

Die EU hat Milliarden in die Integration von Roma investiert. Doch das Geld kommt bei den Betroffenen nicht an. Diskriminierungen und Korruption behindern einen Erfolg. So beschreibt "DiePresse" aus Österreich die Misere mit dem Volk der Roma in Europa.

Ein Kommentar von Autor Wolfgang Böhm aus Wien vom 6.4.18

Nachdem eine Volksschule im tschechischen Teplice vor wenigen Wochen ein Bild der ersten Klasse veröffentlicht hatte, hagelte es Hasspostings. Vier der Schüler bzw. Schülerinnen sind Roma. Die Angriffe waren so heftig, dass sie über Tschechiens Grenzen hinweg für Entsetzen sorgten: „Die Schule liegt in der Gaswerkstraße – da bietet sich die Lösung direkt an“, war in einem Posting zu lesen. Roma, mit rund zwölf Millionen Menschen die größte Minderheit in EU-Staaten, werden nach wie vor ausgegrenzt, sind Zielscheibe für Hasskriminalität, haben geringere Chancen auf höhere Bildung und einen Arbeitsplatz. Zu diesem Ergebnis kommt nun auch ein Bericht der EU-Grundrechteagentur (FRA), der diese Woche in Wien präsentiert wurde.

Griechenland: Zustand der Flüchtlinge auf der Inseln

Die gestohlene Hoffnung – Flüchtlinge in Griechenland, ein Bericht von Florian Westphal, Geschäftsführer von Ärzte ohne Grenzen

Unsere Kliniken auf den griechischen Inseln Lesbos, Chios und Samos sind überfüllt mit Menschen, die vor Krieg und Gewalt fliehen. Sie werden dort nach oftmals traumatischen Erlebnissen einem zweiten Trauma ausgesetzt, wie der junge Familienvater Ahmad: Er desertierte vor der syrischen Armee, weil er nicht töten wollte. Jetzt sitzt er seit einem halben Jahr mit seiner Frau und dem drei Monate alten Sohn in Samos fest. Er hat Tag und Nacht Angst, dass sein Asylantrag zum zweiten Mal abgelehnt wird. „Was sollen wir tun? Uns ins Meer stürzen?“, fragt seine Frau. Ahmed fürchtet die Abschiebung nach Syrien, und dass das sein Todesurteil wird.

Existenzielle Ängste, fehlende Privatsphäre und kaum medizinische Hilfe: Jeden Tag behandeln unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen physische und psychische Wunden. Allein im vergangenen Jahr haben sie mehr als 5.200 medizinische Konsultationen abgehalten und fast 1.400 psychologische Einzelsitzungen. Doch nach den Behandlungen müssen die Menschen in die gleichen einfachen Sommerzelte – auch im Winter – oder in überfüllte Container zurückkehren. Es fehlt ihnen an sauberem Wasser oder warmer Kleidung, so dass wir unentwegt Kinder wegen Atemwegserkrankungen, Durchfall oder Hautkrankheiten behandeln. In Lesbos leben beispielsweise 5.400 Menschen in einem Lager für höchstens 2.300 Personen. Abo Arab, ein 28-jähriger Syrer aus Damaskus, hat Haft und Folter in Syriens Gefängnissen überlebt. Er sagt: „Am Ende würden selbst Heilige aufeinander losgehen, wenn sie so lange hier festgehalten würden wie wir.“ Unsere Psychologen bestätigen, dass das Leben der Menschen in mit Stacheldraht abgezäunten Lagern und völliger Ungewissheit zu neuen psychischen Problemen wie Depressionen bis hin zu Selbstmordversuchen führt.

Die Verzweiflung der Menschen ist ein Resultat des EU-Türkei-Abkommens. Wir fordern daher, mehr Personen auf das griechische Festland zu bringen und dort zusätzliche Wohnmöglichkeiten zu schaffen. Die Übersiedlung von Menschen in andere EU-Staaten muss wiederaufgenommen und auf den griechischen Inseln die medizinische und humanitäre Versorgung verbessert werden.

Wir werden unseren Teil zur Hilfe auf den griechischen Inseln weiter leisten und freuen uns, wenn Sie unsere Arbeit dort und weltweit mit einer Spende unterstützen.

<https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/griechenland-inseln-fluechtlinge-notlage>

Quelle: aus Newsletter April 2018 von Ärzte ohne Grenzen

Indien: Erneut schwere Angriffe gegen Christen

Pastor beantwortet Hass mit Vergebung

(Open Doors, Kelkheim) – Bei Angriffen auf Christen und Kirchen in Indien während der Osterwoche wurden mehrere Christen zum Teil schwer verletzt. Am 31. März wurde Pastor Sundar Singh in Dharmapuri (Tamil Nadu) mit Steinen beworfen und musste ärztlich behandelt werden. Am Vortag griffen Unbekannte Pastor Maddira Kotireddy in Renta Chintala (Andhra Pradesh) mit einer Axt an und fügten ihm schwerste Verletzungen zu. Im Dorf Kesalingayapally (Andhra Pradesh) ließ der Ortsvorsteher am 28. März große Schilder aufstellen, mit denen „das Predigen ausländischer Religionen“ verboten wurde. Am selben Tag drangen in Fatehpur, Bundesstaat Uttar Pradesh, rund 20 Hindu-Extremisten in ein Kirchengebäude der Evangelischen Kirchen Indiens (ECI) ein. Sie riefen extrem beleidigende Worte und verriegelten die Türen von innen.

Vorwurf: „Ihr führt hier Bekehrungen durch!“

Pastor Jose Prakash war gerade mit Vorbereitungen zu einem Taufgottesdienst beschäftigt, als sich der Vorfall in Fatehpur ereignete. „Ich ging hin, um mit ihnen zu reden und herauszufinden, was sie vorhatten, aber sie packten mich am Kragen und behaupteten: ‚Ihr führt hier Bekehrungen durch!‘,“ erklärte er gegenüber dem christlichen Nachrichtendienst World Watch Monitor. „Ich habe versucht, sie zu beruhigen, und ihnen erklärt, dass ich nur diejenigen taufe, die sich freiwillig melden, ohne jeden Zwang. Aber sie [...] fingen an, mich zu schlagen, stürzten in die Küche im Kirchengebäude und schnappten sich ein paar Messer. Ich wollte nicht, dass sie jemandem Schaden zufügen, also nahm ich die Schläge in aller Stille auf mich.“ Der 25-jährige Dinesh Kumar, der dem Pastor zur Hilfe eilte, sowie einer der Täuflinge wurden ebenfalls verletzt. Die herbeigerufene Polizei schickte alle Anwesenden nach Hause.

Mit Gott gerungen, auf Anzeige verzichtet

Auf Drängen einiger Pastorenkollegen schrieb Prakash einen Beschwerdebrief, um die Polizei über den genauen Tathergang zu informieren. Doch im Gebet habe Gott zu ihm gesprochen, er solle die Angreifer nicht anzeigen. Er habe zwar deshalb zunächst mit Gott gerungen, dann aber den Pastoren gesagt: „Es wird keine Anzeige geben. Ich habe viel Schlimmeres bei früheren Angriffen erlebt, wobei die Täter später zu Christus gekommen sind und ihm jetzt in 15 Bezirken im ganzen Staat dienen.“ Und Prakash ging noch einen Schritt weiter: „Ich drängte die Gemeinde und meine Pastorenbrüder, wenn ihnen die Sache so viel Unruhe bereite, mögen sie für die 20 jungen Männer zum Herrn flehen, dass er sie errettet.“

Quellen: World Watch Monitor, Open Doors

Bitte beten Sie für die Christen in Indien:

- **Beten Sie für alle, die bei den Angriffen verletzt wurden oder emotional Schaden genommen haben: dass Gott Trost und Heilung schenkt.**
- **Beten Sie mit Pastor Jose Prakash für die Täter: dass sie ihren Hass ablegen und Frieden durch Jesus finden.**
- **Beten Sie, dass Gott die zahlreichen bedrängten Christen und Gemeinden in Indien stärkt, die mit Hass und offenen Anfeindungen konfrontiert sind.**
- **Beten Sie um Schutz und einen festen Glauben für alle Pastoren und geistlichen Leiter.**

Indien: Gewalt gegen Christen

Religionsvertreter verurteilen Gewalt und fordern Schutz des harmonischen Zusammenlebens

Goa (Fides) - Es sei dringend notwendig, Gewalt in Indien zu verurteilen und die soziale und religiöse Harmonie zu schützen, so die Vertreter der sechs größten Religionen des Landes nach den jüngsten Spannungen in Bihar, West-Bengala, Rajasthan, Orissa und anderen indischen Bundesstaaten, bei einem Treffen am vergangenen 5. April auf Goa. Die Religionsvertreter verurteilten gemeinsam Anschläge und religiöse Gewalt im Land und erinnerten daran, dass es erst in der vergangenen Woche zu Übergriffen auf drei katholische Kirchen in Orissa gekommen war, "während die christliche Gemeinschaft ihr Osterfest feierte".

Die Vertreter der verschiedenen Glaubensrichtungen äußerten tiefe Besorgnis darüber, wie "Kräfte des Hasses und der Spaltung versuchen, die indische Politik zu polarisieren". Deshalb richteten sie einen Appell an „alle Männer und Frauen guten Willens“ mit der Bitte um "Wahrung der soziale Harmonie" und bekräftigten, dass "das Land nur Fortschritte machen kann, wenn Menschen miteinander als Brüder und Schwestern leben, nur wenn es anstelle von Hass und Gewalt Liebe und Frieden gibt".

In ihrer gemeinsamen Erklärung, die am Ende des von der Indischen Bischofskonferenz (CBCI) in Zusammenarbeit mit Verbänden anderer Religionen in Goa organisierten Treffens veröffentlicht wurde und von katholischen, hinduistischen, buddhistischen und muslimischen Religionsvertretern unterzeichnet wurde, verurteilen diese "diejenigen, die versuchen, das Gift des Hasses in die Gesellschaft zu injizieren" und wiederholen, dass "jeder Inder und jede Inderin die Würde und das Recht haben zu entscheiden, was sie essen, den Menschen ihrer Wahl zu heiraten, den Weg der Ausbildung zu wählen, und den eigenen Glauben frei zu bekennen und zu praktizieren". "Niemand sollte aufgrund seiner Religion und Herkunft als nichtpatriotisch eingestuft werden", heißt es in der Erklärung.

Im Rahmen der Verurteilung von Gewalt, Lynchmorden und Tötungen werden die Behörden aufgefordert, energisch und schnell gegen diejenigen vorzugehen, die an gesellschaftsschädlichen Handlungen beteiligt sind. Abschließend unterstreichen die Religionsvertreter auch insbesondere, dass "die Rechte der Dalits, der indigenen Völker, der Ausgegrenzten, der Arbeiter und der Armen geschützt werden müssen".

Prälat Theodore Mascarenhas gab mit Zustimmung der anderen Religionsvertreter bekannt, dass auf die Initiative von Goa eine Reihe von Treffen im ganzen Land stattfinden sollen, um "positive Energie zur Überwindung von Hass zu schaffen".

(PN) (Fides 7/4/2018)

Indonesien: Adventistischer Missionar getötet

Silang, Cavite/Philippinen, 06.04.2018/APD - Berni Fallery Kunu, ein 24-jähriger Missionar im Gesundheitsdienst, wurde am 29. März 2018 in Papua (Provinz Westneuguinea, indonesischer Teil der Insel Neuguinea) getötet. Der Indonesier arbeitete als Teil eines Zwei-Mann-Teams in einem abgelegenen Gebiet der Star Mountain-Region, berichtete die Kommunikationsabteilung der teilkontinentalen Kirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten für den Bereich Südasien-Pazifik (Southern Asia Pacific Division, SSD) am 4. April.

Der Vorfall sorgte auch in Regierungskreisen für Aufsehen: „Wir bedauern zutiefst den Tod unseres Kindes Berni Fallery Kunu“, sagte die indonesische Gesundheitsministerin Nila Moeloek in einer schriftlichen Erklärung in Jakarta. Kunu war als Missionar im Gesundheitsdienst bei *Adventist Aviation Indonesia* (AAI), einem Dienst der SSD, tätig. Demnach wollte er sein Leben für Menschen einsetzen, die in entlegenen Gebieten ohne medizinische Versorgung leben.

Berichten zufolge sei Kunu am Donnerstag, den 29. März 2018 von einer Gruppe von Menschen getötet worden, die aus einer Gegend stammen sollen, die drei Tagesmärsche entfernt sei. Die Polizei untersuche den Vorfall derzeit. Laut SSD scheint ein Fall von Verwechslung vorzuliegen.

Kunus Leiche wurde am nächsten Tag in einem flachen Grab in der Nähe des Flusses gefunden, wo er vermutlich badete, als er angegriffen wurde. Sein Kollege blieb unverletzt und begleitete Kunus Leiche zum AAI-Hauptquartier. Die Beerdigung von Berni Fallery Kunu fand am Sonntag, dem 1. April statt. Andere adventistische medizinische Missionare und Lehrer in der Region seien evakuiert worden. Die Arbeit in der Region ruhe zunächst. Aufgrund der derzeitigen Unruhen in der Region sei ungewiss, wann adventistische Mitarbeiter dorthin zurückkehren werden.

Quelle: APD-Meldung auf der APD-Website:

<https://www.apd.media/news/5509.html>

Irak: Christen brauchen Solidarität und Gebet

Erzbischof Schick im Irak: Kirchliche Hilfswerke aus Deutschland leisten „unverzichtbare Aufbauarbeit“

Bagdad/Karakosch (idea) – Seine Solidarität mit den Christen im Irak bekundet der (katholische) Bamberger Erzbischof Ludwig Schick während einer Reise. Dabei besucht er bis zum 7. April auch Gebiete, die von der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) befreit wurden. In der schwer beschädigten syrisch-katholischen St.-Josefskirche in Karakosch (Ninive-Ebene) feierte Schick zusammen mit dem örtlichen Bischof Boutros Moshe einen Gottesdienst. Wie die (katholische) Deutsche Bischofskonferenz mitteilte, sagte der Erzbischof dort: „Ich bin hierhergekommen, um dieser vom IS besonders brutal heimgesuchten Region die Solidarität der katholischen Kirche Deutschlands zu bezeugen. Das ist es, was es hier braucht: Solidarität und Gebet.“ Schick – er ist Vorsitzender der Kommission Weltkirche der Bischofskonferenz – würdigte dabei auch die Arbeit der kirchlichen Hilfswerke aus Deutschland: „Hier wird unverzichtbare Aufbauarbeit geleistet.“ Bisher konnten mehr als 25.000 Christen in ihre Heimatorte in der Ninive-Ebene zurückkehren. IS-Kämpfer hatten im Sommer 2014 weite Teile der Ninive-Ebene eingenommen. Mehr als 100.000 Christen flohen aus dem Gebiet. Im Oktober 2016 wurde die Stadt Karakosch vom IS befreit. In Bagdad sprach Schick mit dem Patriarchen der chaldäisch-katholischen Kirche, Louis Raphael I. Sako. Dieser dankte für die Unterstützung der katholischen Kirche in Deutschland: „Ihr gebt uns viel und vergesst uns nicht. Das sind Momente, für die wir zutiefst dankbar sind.“ Schick besuchte in Bagdad auch die Kathedrale der syrisch-katholischen Kirche, die vor acht Jahren Ziel eines verheerenden Bombenanschlags war. Damals wurden 46 Christen in den Tod gerissen. Der syrisch-katholische Erzbischof Yusuf Abba sagte bei der Begegnung: „Wir denken noch immer an unsere Märtyrer. Sie haben das Blut vergossen, von dem wir heute weiter leben. Als christliche Minderheit dürfen wir – trotz Terror und Angst – das Land nicht verlassen.“

Irak: Gibt es eine Zukunft für die verfolgten Christen im Irak?

Ein Reisebericht von David Müller, dem politischer Fürsprecher für Religionsfreiheit im Irak

Im letzten Jahr wurde die ojcos-stiftung nachdrücklich mit der Forderung verfolgter religiöser Minderheiten aus dem Irak konfrontiert, dass sie neben der humanitären Hilfe besonders auf die Solidarität der Kirchen und die politische Unterstützung der deutschen Regierung und der Europäischen Union angewiesen seien. Nur so wäre zukünftig ein versöhntes Leben in Frieden und Freiheit vor Ort möglich. Um hier zu helfen, wurde ich ab Januar 2018 als Politikreferent für Religionsfreiheit hauptamtlich angestellt.

Nach intensiver Einarbeitung in die historische und aktuelle Situation bin ich vom 6. - 14. März 2018 in den Nordirak gereist, um mir ein eigenes Bild zu machen.

Der erste Eindruck

Da der Flughafen in Erbil für internationale Flüge gesperrt war, flogen wir über Istanbul nach Sirnak in der Südosttürkei. Dort wurden wir mit dem Auto abgeholt, um in den Nordirak gefahren zu werden. Der Grenzübertritt wurde dann zur ersten Begegnung mit der „nahöstlichen Realität“: An der türkischen Grenze benötigten wir sechs Stunden für die Ausreise, da die ca. 50 Fahrzeuge stundenlang nicht abgefertigt wurden. Die Einreise in den Irak (Kurdistan) erforderte dann nochmal eine weitere Stunde Wartezeit.

Bei der Fahrt durchs Land fiel mir dann die erste (von vielen noch folgenden) Gegensätzlichkeiten auf: Statt ausgebrannter Fahrzeugwracks, Häuserruinen und verbrannter Erde sah ich ländliche Gegenden und wohlhabende Stadtteile in einem Standard, der auch in anderen Ländern am Mittelmeer üblich ist. Es gibt ganze Landstriche in der Autonomen Region Kurdistan, die keinerlei Kriegshandlungen erlebt haben. Und deren mobiles Internet ist unserem weit voraus.

Die zerstörten Städte der Christen und Jesiden

Unser Hauptkontakt im Nordirak war Erzdiakon Emanuel Youkhana, der Leiter des kirchlichhumanitären Hilfswerks CAPNI in Dohuk. Dieses ist seit vielen Jahren in der Region aktiv und genießt eine große Wertschätzung in der Bevölkerung. Er ermöglichte uns einen kompakten Einblick in die Situation der verfolgten Christen und religiösen Minderheiten und besuchte mit uns auch einige der zerstörten Städte in der Ninive-Ebene, die eine jahrtausendalte Tradition haben.

Bereits auf den ersten Seiten wird in der Bibel über die Gründung der Stadt Ninive durch Nimrod berichtet. Ungefähr 1.300 Jahre später führten die Aktivitäten des Propheten Jona dort zu einer Erneuerung des Glaubens. In Alqosh lebte außerdem der alttestamentliche Prophet Nahum, dessen Grab noch heute besucht werden kann. Heute sind die Mehrheit der Bewohner nach wie vor Christen, neben Jesiden, Schabak und Turkmenen.

Bereits an der innerirakischen kurdischen Grenze wurde sichtbar, dass wir in ein ehemaliges Kriegsgebiet kamen. Die Militärpräsenz stieg deutlich an und die Checkpoints nahmen zu.

Über viele Kilometer war die Frontlinie präsent. Ein endloser Erdwall zog sich parallel zum mehrere Meter tiefen Graben durch das Land, ca. jeden Kilometer ergänzt um einen verlassenen Gefechtsstand. Es war nicht schwer, sich den Verteidigungskampf der Kurden gegen den IS vorzustellen.

In den meisten Dörfern lag der Sieg über den IS bereits über ein Jahr zurück. Die geflüchteten Bewohner konnten nach und nach zurückkehren und Wiederaufbauarbeiten in Angriff genommen werden. Die Auswirkungen des islamistischen Terrors an den Gebäuden und in den Menschen waren aber noch deutlich sichtbar.

Batnaya - Für die ca. 5.000 Einwohner bestand bisher keine Möglichkeit der Rückkehr in ihre völlig zerstörte Stadt.

Ba'ashiqa und Bahzany - Hier trafen wir uns mit dem Bürgermeister, Priestern und Kleinunternehmern. Sie berichteten uns von großem Misstrauen untereinander. Das frühere Miteinander der verschiedenen Minderheiten sei nicht mehr vorhanden. Viele Familien könnten aufgrund der Zerstörung nicht zurückkehren. Außerdem herrsche große Angst vor der moslemischen Staatsgewalt. Es spiele für sie dabei keine Rolle, ob es sich um sunnitische oder schiitische Glaubensanhänger handelt. Das Sicherheitsgefühl müsse wiederhergestellt werden. Mit der Forderung nach einer

politischen Unterstützung aus Deutschland, der Europäischen Union und der internationalen Gemeinschaft wurden wir nicht nur hier nachdrücklich konfrontiert.

Telskuf - Ein großer Militärposten der kurdischen Armee versperrte den Zugang zur Stadt und kontrollierte die Hauptzufahrtsstraße. Von den ehemals ca. 11.000 Christen waren lediglich ca. 3.500 zurückgekehrt. Doch trotz der noch bestehenden Zerstörung hatten sie ca. 1.600 Binnenvertriebene aus dem Umland aufgenommen. Auf meine Nachfrage über den Grund der hohen Militärpräsenz im Ort verwies man auf die sehr große Verunsicherung der christlichen Einwohner, die teilweise traumatische Erlebnisse hatten. In der Stadt sahen wir noch unzählige Häuser, die vom IS als „nicht-muslimisch“ gekennzeichnet waren. Die Einwohner und deren Besitz wurde damit zur Plünderung und zum Missbrauch freigegeben.

Alqosh - Die Wurzeln der christlichen 40.000-Einwohner-Stadt reichen bis ins assyrische Reich. Die örtliche Kathedrale wurde im 5. Jahrhundert erbaut. Im 7. Jahrhundert wurde das Kloster Rabban Hormizd gegründet und war bis 1804 Sitz der Patriarchen. Die Truppen des IS wurden hier nur wenige Kilometer vor der Stadtgrenze aufgehalten. In der Stadt sahen wir viel christliches Leben, hörten aber auch immer wieder von der großen Angst und Hilflosigkeit in der Bevölkerung.

Die Flüchtlingssituation

Obwohl der IS offiziell seit Ende 2017 im Irak als besiegt gilt, war ich doch sehr erstaunt zu hören, dass nach wie vor über 2 Millionen Menschen als Binnenvertriebene auf die Rückkehr in ihre Heimat warteten. Davon lebten ca. 1 Million in selbst gemieteten Häusern/Wohnungen, ca. 600.000 in Camps und ca. 300.000 in Gastfamilien.

Beim Besuch des jesidischen Flüchtlingscamps in Khanke, das 2014 eingerichtet wurde, sahen wir ca. 17.000 Menschen, die in Zeltunterkünften lebten und einer ungewissen Zukunft entgegenblickten. Aus der kurzfristigen Notunterkunft wurde für die meisten eine mittelfristige Bleibe. Deshalb wurde Schulunterricht für die Kinder eingerichtet, Studenten hatten die Möglichkeit ihre Studiengänge vor Ort zum Abschluss zu bringen und Menschen suchten Arbeit, um ihr Überleben zu finanzieren. Vielen war es finanziell möglich, eigenen Wohnraum in der Stadt zu mieten. Die große Nachfrage führte jedoch schnell zu neuen Problemen aufgrund der steigenden Mietpreise. Die zusätzliche schlechte Arbeitsplatzsituation machte es vielen unmöglich, selbst für ihren Unterhalt zu sorgen. Dazu kamen große Verständigungsprobleme zwischen den meist arabisch sprechenden Binnenvertriebenen und den oft nur kurdisch sprechenden Einheimischen. Es ist nicht überraschend, dass sich viele irgendwann die Frage stellten, ob nicht ein Wegzug ins Ausland das Sinnvollste wäre. Vor allem Deutschland schien für viele ein Garant für menschenwürdiges, sicheres und gutes Leben zu sein.

Den zweiten Teil der Reise verbrachten wir in Erbil, der Hauptstadt der Autonomen Region Kurdistan im Irak. Dort hatten wir auch eine Nacht im Camp „Ankawa 2“ verbracht, um den Menschen und Helfern dort unsere Anteilnahme an ihrem Leben und der Arbeit zu zeigen.

Hier hörten wir ebenfalls unvorstellbare Geschichten von Terror, Tod, Leid und Vertreibung. Die Menschen wünschten sich vor allem Hoffnung, Sicherheit und Wiederaufbau der Infrastruktur. Auch hier war der Ruf nach politischer Einflussnahme groß.

Kurden, Irak & die Politik

Obwohl mir die komplexe politische Situation nicht in allen Details vertraut ist, waren die Begegnungen mit verschiedenen Parlamentsabgeordneten und politischen und kirchlichen Entscheidungsträgern sehr aufschlussreich. Neben der orientalistisch-dramatischen Art der Kommunikation spielten ethnische und religiöse Minderheitenfragen eine sehr große Rolle.

Nach dem kurdischen Unabhängigkeitsreferendum war die Situation zwischen der Autonomen Region Kurdistan und der irakischen Zentralregierung gespannt. Während Kurden beklagten, dass sie aus Bagdad nicht ausreichend Geld für die Bezahlung von Gehältern erhielten, verwies man uns von zentralirakischer Seite auf den ertragreichen, illegalen Ölhandel der Kurden mit der Türkei sowie die grobe Missachtung irakischer Einreisebestimmungen.

Wir erfuhren auch, dass sich viele Fragen der ethnischen Minderheiten mit der Situation der religiösen Minderheiten überschneiden. Armenische oder assyrische Volksgruppen beispielsweise gehören gleichzeitig auch zur christlichen Minderheit. Erschwerend kommt hinzu, dass diese verschiedenen Kirchen angehören, wie z.B. der chaldäisch-katholischen Kirche, der assyrischen Kirche des Ostens, der syrisch-orthodoxen Kirche von Antiochien, der syrisch-katholischen Kirche, der armenischen apostolischen Kirche oder der armenisch-katholischen Kirche sowie jüngeren

evangelisch geprägten Gemeinden.

Alle, denen wir begegneten schätzten unser Interesse an der konkreten politischen Dimension zur Lösung der aktuellen Lage. Christen vor Ort seien dankbar, dass kurdische Soldaten in den letzten Jahren ihre Städte und Dörfer verteidigt hätten und der Großteil der christlichen Flüchtlinge in der Region Kurdistan Unterkunft fänden, sie aber in deren Konflikt mit der (ebenfalls moslemischen) irakischen Zentralregierung als Verlierer dastehen würden. Die Stärkung der Ninive-Ebene als eigene Provinz in der föderalen Struktur des Iraks sähe man als wichtigen Lösungsansatz. Für die Stabilisierung der Sicherheit und die Unterstützung des Wiederaufbaus von Infrastruktur und Verwaltung sei man auf die Hilfe Deutschlands, der EU, der USA und der internationalen Gemeinschaft angewiesen. Auch müsse die Geschichte und das Leben der Minderheiten in den irakischen Lehrplan aufgenommen werden.

Leben als Christ

Sehr eindrücklich waren Gespräche mit verschiedenen Christen, die aus ihrem persönlichen Leben erzählt haben. Das Wüten des islamistischen IS-Terrors markiere einen schrecklichen Höhepunkt der Christenverfolgung. Doch auch generell sei das Leben als Christ in einem moslemischen Land nicht frei von Repressionen. Vor allem Moslems, die Christen werden, wären in einer sehr bedrohlichen Situation, da das islamische Recht für diesen „Abfall vom Islam“ die Todesstrafe fordere. Dennoch steige in den letzten Jahren die Anzahl der Menschen, die von ihren moslemischen Mitbrüdern enttäuscht sind, aus dem Islam keine Hoffnung mehr schöpfen und sich dem Gott der Bibel zuwenden. Sie würden ihren Glauben meist unauffällig leben, um ihr Leben und das ihrer Familie zu schützen. Ihnen mangle es jedoch an der notwendigen Schulung und Begleitung für die Bildung von Netzwerken an der Basis. Die von Autoritätsstrukturen geprägte Denkweise erschwere dies. Leider würden auch die ausländischen christlichen Organisationen keinen Schwerpunkt darauf legen.

Ausblick

Nach meiner Einschätzung befindet sich der Irak in einer kritischen Übergangsphase. Die Regierung ist schwach und die verschiedenen Anti-IS-Kämpfer versuchen nun, ihre eigene Machtstellung auszubauen. Auch die verschiedenen Bevölkerungsgruppen fordern primär ihre eigenen Rechte ein. Das zerstörte Vertrauen untereinander führt zu einer großen Zerrissenheit und oft mehr Gegen- als Miteinander.

Es ist jetzt wichtig, die Voraussetzungen für den Wiederaufbau des Landes und die Rückkehr der Zivilbevölkerung in die teils stark zerstörten Städte zu schaffen. Es wird viel humanitäre Hilfe geleistet, die jedoch den aktuell benötigten Bedarf nicht deckt. Die Unterstützung der irakischen Verwaltung und der Sicherheitskräfte ist noch sehr ausbaufähig und benötigt starke Partner.

Geflüchtete im Aus- und Inland sowie die Bewohner der zerstörten Gebiete brauchen nun sichtbare Zeichen der Anteilnahme und konkreten Unterstützung. Sollte es in naher Zukunft nicht gelingen das Land zu stabilisieren, die Sicherheitslage und das Sicherheitsgefühl zu verbessern, Infrastruktur und Arbeitsplätze zu schaffen, werden weitere Flüchtlingsströme Richtung Westen aufbrechen – mit verheerenden Folgen für die Region und einer unausweichlichen Verschärfung der Situation in Deutschland und Europa. Das daraus wachsende neuerliche Elend sollten wir nicht tatenlos abwarten!

30.03.2018, David Müller mueller@ojcos-stiftung.de

Kongo: 11 Tote bei Anschlägen in der Karwoche

Dramatische Tage während der Karwoche: Mindestens elf Menschen starben bei Anschlägen

Kinshasa (Fides) - Es war eine dramatische Karwoche in Nord-Kivu, im Osten der Demokratischen Republik Kongo. In der Diözese Goma wurde am Ostersonntag Pfarrer Célestin Ngango von Karambi entführt, der sich noch immer in den Händen seiner Entführer befindet, und in der Diözese Butembo-Beni verübten verschiedene bewaffnete Gruppen während der Karwoche mehrere Anschläge.

„In der Karwoche, in der wir uns darauf vorbereiten, die Osterfeiertage zu feiern, wurden wir von Schüssen und Massakern überrascht“, so Bischof Melchisédech Sikuli Paluku in seiner Osterbotschaft. Der Bischof beklagt, dass mindestens elf Menschen bei Überfällen auf das Dorf Mayangose und nahe der Pfarrei San Gustavo in Beni-Paida in dem Dorf Sobiede ums Leben kamen. „Die Angreifer erschossen mindestens elf Menschen, darunter eine 80-jährige Frau und einen 9-jährigen Jungen. Sie entführten mehrere Menschen und plünderten ihre Häuser. Bis jetzt werden mindestens fünf Jungen vermisst, entführt wurden“, so Bischof Sikuli Paluku. „Die Massaker ereigneten sich trotz der Präsenz einiger der MONUSCO (UN-Mission in der Demokratischen Republik Kongo) und der kongolesischen Armee“ bedauert Bischof Sikuli Paluku.

Der Bischof berichtet des Weiteren, dass die Einwohner der Pfarrei Our Lady of Fatima in Kabasha nach Zusammenstößen zwischen der kongolesischen Armee (FARDC) und der Mai-Mai-Miliz fliehen mussten. Bischof Sikuli Paluku fragt, wie es möglich ist, dass in seiner Diözese immer wieder solche Massaker stattfinden, die von lokalen Behörden der ugandischen ADF-Miliz zugeschrieben werden die seit mehreren Jahren in Nord-Kivu Stellung bezogen haben. „Wer sind diese angeblichen ADF-Milizen und ihre Verbündeten, die nach vielen Monaten militärischer Operationen, bei denen die FARDC und MONUSCO gemeinsam vorgingen, um Frieden und Sicherheit in der Stadt Beni und Umgebung wiederherzustellen, gespenstisch unsichtbar sind aber anscheinend doch noch existieren?“, fragt sich der Bischof.

„Wie lässt sich die Wiedergeburt bewaffneter Gruppen im Territorium Lubero erklären, ganz zu schweigen von denen in Ituri gerade zu Beginn des Wahljahres?“, so der Bischof weiter mit Blick auf die für Ende Dezember geplanten Präsidentschaftswahlen und allgemeinen Wahlen.

Abschließend erinnert Bischof Sikuli Paluku die staatlichen Autoritäten an ihre Pflicht, das Leben und das Eigentum der Bürger zu schützen und betont, dass „das Volk das volle Recht hat, auf demokratische Weise den Behörden das Vertrauen zu entziehen, wenn diese ihren Pflichten nicht nachkommen“.

(L.M.) (Fides 5/4/2018)

Kongo: Entführter Priester freigelassen

Kinshasa (Fides) - Der am Ostersonntag auf dem Weg von Nyarukwangara nach Karambi in der Provinz Nord-Kivu im Osten der Demokratischen Republik Kongo entführt Priester Célestin Ngango, ist frei. Der katholische Geistliche wurde am 5. April gegen 3 Uhr morgens von einigen Dorfbewohnern aus Bunyangula, 2 km von der Stadt Rutshuru entfernt, aufgefunden. Die Entführer hatten Pfarrer Ngango mit verbundenen Augen freigelassen. Nach Angaben der örtlichen Behörden wurde der Priester von den Tätern aus der Geiselhaft entlassen, nachdem die Einwohner des Gebiets Druck auf sie ausgeübt hatten.

Wie aus einer Verlautbarung der Kongolesischen Bischofskonferenz (CENCO) hervorgeht "wurde der freigelassene Priester nicht misshandelt und sein Gesundheitszustand scheint gut zu sein. Es wird jedoch vorsichtshalber einer medizinischen Untersuchung unterzogen".

Im Interview mit Fides (vgl. [AKREF 4/4/2018](#)) hatte Bischof Théophile Kaboy Ruboneka von Goma erklärt, dass die Entführer mit seinem Handy Kontakt zur Gemeinde von Pfarrer Ngango aufgenommen hatten, um anfänglich ein Lösegeld in Höhe von 500.000 Dollar zu fordern, was sie dann auf 50.000 Dollar reduzierten. Bischof Ruboneka betonte in diesem Zusammenhang auch, dass die Bewohner der Gegend im Wald nach dem entführten Priester suchten. Es scheint daher, dass dies die Geiselnnehmer gezwungen hat, den Entführten freizulassen. Für die Zahlung eines Lösegelds gibt es keine Bestätigung.

Am vergangenen 3. April verurteilte auch die CENCO offiziell die Entführung von Pfarrer Ngango und forderte dessen sofortige Freilassung. "Priester sind Menschen, die Gott geweiht sind und anderen dienen", hieß es in der Verlautbarung der CENCO. "Wenn man deren Arbeit verhindert, heißt das, dass viele unserer Landsleute nicht mehr in den Genuss dieses Dienstes kommen".

Wie Erzbischof Ruboneka in gegenüber hervorhob, "sind Entführungen in Nord-Kivu eine alltägliche Tragödie, die von einem menschenverachtenden Handel verursacht wird", wobei nicht einmal Frauen und Kinder verschont bleiben.

Unter den Geiseln, die noch nicht zu ihren Angehörigen und Gemeinschaften zurückkehren konnten, so die CENCO, seien die Assumptionisten Jean-Pierre Ndulani, Anselme Wasikundi und Edmond Bamutute, die am 19. Oktober 2012 aus ihrer Pfarrei Notre-Dame des Pauvres in Mbau entführt wurden, und die beiden Priester Pierre Akilimali und Charles Kipasa, die in der Nacht vom 16. auf den 17. Juli 2017 von Unbekannten aus der Pfarrei Notre-Dame des Anges in Bunyuka in der Diözese Beni-Butembo verschleppt wurden. Am 22. Januar dieses Jahres wurde Pfarrer Robert Masinda aus Bingo, entführt und nach einigen Tagen wieder freigelassen (vgl. Fidesdienst vom 22. und 25. Januar 2018).

(L.M.) (Fides 7/4/2018)

Kongo: Mord an Pfarrer Étienne Sengyumva:

Bischof von Goma: "Wir sind von allen verlassen"

Kinshasa (Fides) - "Pfarrer Étienne wurde bei seiner Arbeit getötet", beklagt Bischof Théophile Kaboy Ruboneka von Goma (Nord-Kivu, im Osten der Demokratischen Republik Kongo) zum Tod von Pfarrer Étienne Sengyumva, der die Gemeinde Kitchanga leitete und am gestrigen Sonntag, den 8. April, in Kyahemba ermordet wurde.

"Im Anschluss an den Sonntagsgottesdienst in Kyahemba, hatte Pfarrer Étienne um 15 Uhr seine Mitarbeiter um sich versammelt, als ein bewaffneter Mann in Begleitung weiterer Personen, den Versammlungsraum betrat und dem Priester aus nächster Nähe in den Kopf schoss, so dass dieser sofort tot war", berichtet Bischof Kaboy Ruboneka. "Die Ermordung ging so schnell, dass die Zeugen sich nicht einmal an die Anzahl der Personen erinnern, die den Raum betraten, um Pfarrer Étienne zu töten". Gegenüber Agence France Presse, vermutet der Generalvikar von Goma, Prälat Louis de Gonzague Nzabanita Sebakara, dass die Mai-Mai-Milizen aus Nyatura für den Mord verantwortlich sein könnten. Im Interview mit Fides sagt Bischof Kaboy Ruboneka dazu: "Es ist schwierig, die Verantwortlichen zu benennen. In unserer Region sind trotz der Präsenz der regulären Armee und der Blauhelme der MONUSCO (UN-Mission im Kongo) immer noch viele verschiedenen bewaffneten Gruppen aktiv, mindestens fünfzehn".

„Pfarrer Étienne ist bereits der dritte Priester, der in der Gegend ermordet wurde“, beklagt der Bischof. "Ermittlungen über die Täter in diesen Mordfällen führen zu nichts. Wir werden alles tun, um Pfarrer Étiennes Mörder zu identifizieren, auch wenn wir uns nicht viele Illusionen machen. In diesen Fällen fürchten die Zeugen um ihr Leben und das ihrer Angehörigen und bieten kaum nützliche Elemente für die Untersuchung".

Ebenfalls in der Diözese Goma wurde am Ostersonntag der für die Gemeinde in Karambi zuständige Pfarrer Célestin Ngango Pfarrer entführt (vgl. [AKREF 4/4/2018](#) und [7.4.18](#)), der am 5. April freigelassen wurde. Laut Bischof Kaboy Ruboneka gibt es jedoch keine Verbindung zwischen den beiden Episoden. "Ich wiederhole: In unserer Region gibt es so viele bewaffnete Gruppen, dass nur schwer zu verstehen ist, wer diese oder jene Aktion begangen hat. Hier in Nord-Kivu leben wir in einem totalen Chaos. Die Situation in meiner Diözese Goma ist wie auch in Butembo-Beni unglaublich. Wir sind von allen verlassen; wir leben nur dank der göttlichen Vorsehung. Ich bitte die Gläubigen der Weltkirche und das Gebet für unsere Region, damit sie wieder Frieden finden möge", so Bischof Kaboy Ruboneka abschließend.

(L.M.) (Fides 9/4/2018)

Kongo: Wieder ein Überfall auf Christen

Priester werden Opfer eines bewaffneten Überfalls: "Kirche wird eingeschüchtert und bedroht"

Kinshasa (Fides) - Zwei weitere Priester wurden in der Demokratischen Republik Kongo angegriffen. Wie aus einer Verlautbarung hervorgeht, sollen am Abend des 10. April der Gemeindepfarrer der Pfarrei „Isidoro Bakanja“ im Bezirk Seka-Mbote in Boma, Pfarrer Pierre Mavinga und dessen Vikar angegriffen worden sein. "Es war gegen 8 Uhr abends, als ein Dutzend maskierte Männer, einige in Militäruniform, in unsere Räumlichkeiten eindrangen und mit scharfer Munition aus nächster Nähe schossen und unsere Telefone, Computer und ein wenig Geld mitnahmen" so Pfarrer Mavinga.

Pfarrer Mavinga wird derzeit im Krankenhaus behandelt. Der bewaffnete Raubüberfall auf die beiden Priester von Bomba ereignete sich nur zwei Tage nach der Ermordung von Pater Étienne Sengiyumva, Gemeindepfarrer von Kitchanga im Osten des Landes (vgl. [AKREF vom 09/04/2018](#)).

Seit einiger Zeit wird die katholische Kirche von der Regierung und bewaffneten Gruppen eingeschüchtert und bedroht. "Einberufungen vor Gericht oder willkürliche Verhaftungen, Entführungen und/oder Tötungen: dies ist das Schicksal vieler Priester und Ordensleute in der Demokratischen Republik Kongo" so einheimische Beobachter aus kirchlichen Kreisen. "Diese Situation ist zunehmend beunruhigend, da die katholische Kirche eine führende Rolle bei der Suche nach Lösungen für die politische Krise übernommen hat, die die Demokratische Republik Kongo lahm legt".

(P.M.B.) (L.M.) (Fides 12/4/2018)

Neues Lernprogramm zum Thema Religionsfreiheit

WEA und IIRF gratulieren zur Einführung der neuen Bildungsplattform für Religions- und Weltanschauungsfreiheit



(Bonn, 06.04.2018) Die Weltweite Evangelische Allianz und ihr Internationales Institut für Religionsfreiheit (IIRF) gratulieren dem Nordischen Ökumenischen Netzwerk für Internationale Religions- und Weltanschauungsfreiheit (NORFORB) zur Erstellung der Bildungsplattform für Religions- und Weltanschauungsfreiheit (The FORB Learning Platform). Diese wurde der Öffentlichkeit am 6. März 2018 auf einer hochrangig besetzten Nebenveranstaltung zur „Wirkung der Medien auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit“ im UN Menschenrechtsrat in Genf vorgestellt.



„Am 22. September 2016 organisierte der damalige UN Sonderberichterstatter für Religions- und Weltanschauungsfreiheit, gemeinsam mit dem Weltkirchenrat und dem Finnischen Ökumenischen Rat ein Seminar und eine öffentliche Veranstaltung zu ‚Religion und Religionsfreiheit in der internationalen Diplomatie‘ bei den Vereinten Nationen in Genf“, erinnert sich Prof. Dr. Christof Sauer, der damals einer der Diskussionsleiter war. „Es wurde der Informationsbedarf in jenen Kreisen hinsichtlich Religion und Religionsfreiheit betont und zur Erstellung von geeignetem Schulungsmaterial aufgerufen. Eine der Referentinnen, Katherine Cash vom Schwedischen Missionsrat, versprach, dem Aufruf Folge zu leisten. Das IIRF ermutigte und unterstützte sie. Das hervorragende Bildungsprogramm, das jetzt vorgestellt wurde, ist die Frucht ihrer Lehrkompetenz und ihrer sorgfältigen Arbeit.“

„Die Weltweite Evangelische Allianz war eine der ersten, welche die Produktion der Filme als Hauptpartner unterstützen“, fügte Prof. Dr. Dr. Thomas Schirmacher, der Vize-Generalsekretär der WEA für intra- und interreligiöse Beziehungen, hinzu. Die Logos der WEA und des IIRF stehen, neben verschiedenen weiteren Partnern, auf der Webseite der FORB-Bildungsplattform. Die WEA unterstützte die Produktion und die Einführung zudem finanziell.



Ein wesentlicher Bestandteil der neuen Plattform ist eine Reihe kurzer Schulungsvideos mit dem Titel „Einführungs-Lernpaket“. Sie stehen bislang auf Englisch, Arabisch, Russisch, Französisch, Spanisch und Schwedisch zur Verfügung. Zunächst gibt es acht Videos. Die meisten sind zwischen 5

und 9 Minuten lang, nur ein Video ist, mit fast zwanzig Minuten, länger. Ein weiteres Video ist für Ende 2018 angekündigt. Die Themen sind:

- Eine Einführung in die Religions- und Weltanschauungsfreiheit;
- Das Recht, seine Religion bzw. seine Weltanschauung zu haben oder zu wechseln;
- Das Recht, seine Religion bzw. seine Weltanschauung öffentlich auszuüben (zu praktizieren);
- Schutz vor Zwang;
- Schutz vor Diskriminierung;
- Rechte für Eltern und Kinder;
- Gewissensschutz;
- Einschränkungen von Religions- und Weltanschauungsfreiheit;
- (angekündigt) Religions- und Weltanschauungsfreiheit in aller Welt.

Zusätzlich zu der Sammlung von Einführungsvideos wird eine zweite Gruppe kurzer Videos über „Zugang zur Rechtsmitteln“ geboten. In dieser Reihe gibt es bis jetzt nur vier Videos, und zwar nur auf Englisch. Weitere Schulungsvideos sind angekündigt.

Zur Unterstützung der Videos bietet die Plattform zahlreiche Bildungsressourcen, darunter Dokumente in 13 Sprachen, praktische Lehrtipps für Lehrer, theologische und ethische Reflexionen aus den meisten größeren Religionen, Material für Journalisten, Länderinformationen aus aller Welt und einen Bereich mit dem Titel „zur Vertiefung“, in welchem Links zu den größeren internationalen Menschenrechtserklärungen und -abkommen enthalten sind. Der Bereich „zur Vertiefung“ enthält auch einen Teil der im Auftrag der Weltweiten Evangelischen Allianz veröffentlichten wachsenden Veröffentlichungsreihen des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit. Die philosophische Grundlage für diese Bildungsplattform findet sich in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen; in ihren rechtlichen Ausführungen hingegen lehnt sich die Plattform eng an die Grundsätze des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte an, der in 169 Ländern rechtskräftig ist.



In seinem Briefwechsel mit Katherine Cash, die NORFORB bei der UN Einführung vertritt, schrieb Prof. Dr. Thomas K. Johnson: „Ich möchte Ihnen zur Einführung der FORB-Bildungsplattform gratulieren! Dies ist ein riesiger Schritt nach vorn.“

In späteren Kommentaren sagte Dr. Johnson, der die Weltweite Evangelische Allianz als Botschafter für Religionsfreiheit beim Vatikan vertritt: „Ich bin einer von Vielen, die schon lange die Notwendigkeit für einen solchen Schritt gesehen haben. Ich bin sehr froh, dass die WEA sich in partnerschaftlicher Zusammenarbeit für seine Verwirklichung eingesetzt hat. Ich wäre enttäuscht, wenn diese Materialien nur innerhalb der verschiedenen Zweige des Christentums breite Anwendung fänden. Zumindest auf dem Papier haben die meisten Regierungen der Welt in den letzten 70 Jahren einmal oder mehrfach diesen Grundsätzen zugestimmt. Doch viel zu wenige Bürger jedes Landes kennen die moralischen und gesetzlichen Grundsätze, die von ihren Regierungen bestätigt wurden. Und dieser Informationsmangel erstreckt sich weltweit sogar auf Richter, Diplomaten und Parlamentarier. Diese Tendenzen sind durch viele Umfrageinstitute deutlich bestätigt worden. Jetzt haben wir ein zusätzliches und wertvolles Programm, um diesem Mangel abzuhelpfen.“

Downloads und Links:

- **Foto 1:** Die Teilnehmer der Diskussionsrunde (von links): Danielle Turkov Wilson (Think Film Impact Production), Dilnoza Satarova (ODHIR), Jan Figel (EU special envoy on FORB), Ann Shin (MEMB director), Katherine Cash (NORFORB), Juliana Sfeir (SAT-7 Academy), Ahmed Shaheed (UN special rapporteur on FORB) und Dr. Dwayne Menezes (Think Film Impact Production) © FORB
- **Foto 2:** Die Redner während der Diskussionsrunde © FORB
- **Foto 3:** Während der Vorführung des Filmes „My Enemy, My Brother“ © FORB
- **Pressemitteilungen der FORB Learning Platform:** https://bucer.org/fileadmin/dateien/Dokumente/BQs/BQ500ff/BQ526/180306_NORFORB_Press_Release_Learning_Platform.pdf und <https://bucer.org/fileadmin/dateien/Dokumente/BQs/BQ500ff/>

[BQ526/180222 NORFORB Press Release Learning Platform.pdf](#)

- Einladung „The Impact of Media on Freedom of Religion or Belief“: https://bucer.org/fileadmin/dateien/Dokumente/BQs/BQ500ff/BQ526/INVITATION_Impact_of_Media_on_FORB.pdf
- Informationen über die FORB Learning Platform: <http://www.ohchr.org/Documents/Issues/Opinion/SeminarRabat/FORBlearning.pdf>
- Website der FORB Learning Platform: <http://www.forb-learning.org>
- Website des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit: <https://iif.eu>
- Dieses BQ [online](#)

Nigeria: Fulani-Nomaden töteten im März 225 Christen

Menschenrechtler fordern die Regierung zum Handeln auf

Abuja/Washington (idea) – In Nigeria sind im März 225 Christen durch Fulani-Nomaden getötet worden. Das meldet das christliche Hilfswerk International Christian Concern (Washington) und fordert die nigerianische Regierung dazu auf, mehr für den Schutz seiner Bewohner zu tun. Die meisten Fulani sind Viehhirten und teilweise in den vergangenen Jahren von Islamisten unterwandert worden. Neben den religiös motivierten Übergriffen spielen auch Landstreitigkeiten zwischen den (muslimischen) Nomaden und den (christlichen) Bauern immer wieder eine Rolle. Laut dem zuständigen Regionalleiter des Hilfswerks, Nathan Johnson, haben im vergangenen Monat 27 Übergriffe auf Christen stattgefunden. In mehr als 75 Prozent aller Fälle seien die Opfer unbewaffnete und schutzlose Zivilisten gewesen. Allein im Bundesstaat Plateau starben 107 der 225 getöteten Christen. Aufgrund der Übergriffe flüchteten Tausende Familien. Trotzdem habe es keine größeren Versuche durch die nigerianische Regierung gegeben, die Fulani-Nomaden zur Rechenschaft zu ziehen oder zu entwaffnen, so Johnson. Nach seinen Angaben ereignete sich der letzte größere Übergriff durch Fulani-Nomaden am 14. März in Dörfern der Regionen Dekina und Omala (beide Bundesstaat Kogi). Dabei seien insgesamt etwa 50 Personen getötet worden. Wie Johnson der Zeitung „Christian Post“ (Washington) sagte, stecken hinter den Attacken durch die muslimischen Nomaden neben wirtschaftlichen oder ethnischen vor allem religiöse Beweggründe. Dies zeigten Angriffe auf Pastoren und die Zerstörung von Kirchen. Johnson vermutet, der muslimische Präsident Muhammadu Buhari leite bewusst keine Schritte gegen die Fulani ein. Es könne für ihn der „politische Selbstmord“ sein. Sein Vater entstammt dem Volk der Fulani. Von den 177 Millionen Einwohnern Nigerias sind 48 Prozent Kirchenmitglieder und 51 Prozent Muslime.

Nigeria: Gefangen, weil sie an Jesus festhält

Junge Christin schlägt Freilassung aus / Eltern zwischen Stolz und Trauer

(Open Doors, Kelkheim) – Leah wollte gerade mit den anderen Mädchen in den Bus einsteigen. Nach vier Wochen Gefangenschaft würden sie endlich zu ihren Familien zurückkehren, die schon sehnsüchtig warteten. Doch dann forderten die Männer Leah als einzige Christin in der Gruppe auf, den islamischen Glauben anzunehmen. Die 15-Jährige weigerte sich und blieb als einzige von über 100 Mädchen zurück in den Händen von Boko Haram.

„Halte fest an Christus, Leah!“

Für Leahs Eltern Natha und Rebecca Sharibu war die Nachricht niederschmetternd, die sie durch Leahs ehemalige Mitgefangene erfuhren. Dennoch sagt Natha: „Ich bin sehr traurig, aber gleichzeitig freue ich mich auch, weil meine Tochter Christus nicht verleugnet hat.“ Er zeigte sich beeindruckt von der tiefen Überzeugung und dem Glauben seiner Tochter, durch den sie selbst im Angesicht des Todes gegenüber Boko Haram an Christus festgehalten habe. „Ich weiß nicht, was ich an ihrer Stelle getan hätte. Das Zeugnis meiner Tochter hat mich näher zu Christus gezogen. Ich bin ein stolzer Vater und rufe sie auf, Gott treu zu bleiben ... Halte fest an Christus, Leah!“

Eltern und Großmutter von Leah Sharibu

Leah selbst hatte ihren zurückgekehrten Schulfreundinnen bei deren Abreise eine Botschaft speziell für ihre Mutter mitgegeben: „Meine Mutter, du solltest nicht beunruhigt sein. ... Deine Worte aus unseren Morgenandachten stehen mir vor Augen, dass Gott Menschen in Not besonders nahe ist. ... Ich bin zuversichtlich, dass ich dich eines Tages wiedersehen werde. Wenn nicht hier, dann in der Geborgenheit unseres Herrn Jesus Christus.“

Erinnerungen an Chibok – Gebet als Gebot der Stunde

Die Entführung der Mädchen aus der Stadt Dapchi am 19. Februar hatte schlimme Erinnerungen an die Ereignisse in Chibok geweckt. Von den dort ursprünglich 276 Entführten werden weiterhin über 100 vermisst. Am 14. April jährt sich der Überfall zum vierten Mal. Während die Eltern in Chibok schon seit Jahren für ihre Töchter beten und um sie kämpfen, reagierten Christen wie auch viele Muslime in Dapchi betroffen auf die Nachricht von Leah. „Alle Kirchen in Dapchi beten“, berichtet Daniel Auta, einer der lokalen Pastoren. Zweimal habe man bereits eine dreitägige Fastenzeit ausgerufen. „Und in den Häusern wird weitergebetet.“

Bitte beten Sie für die entführten Christen wie Leah und ihre Familien in Nigeria:

- Danken Sie für Leahs starken Glauben und ihre Entschlossenheit, Jesus treu zu sein.
- Beten Sie für Leah und andere entführte Christen – etwa die weiterhin vermissten Mädchen aus Chibok: dass Jesus sie schützt, dass sie wieder freikommen und ein Zeugnis für ihre Entführer sind.
- Beten Sie um Trost und Durchhaltevermögen für die Angehörigen der Entführten; dass sie nicht verzweifeln, sondern Gott weiter vertrauen.
- Beten Sie um Gottes Wirken an den Herzen der Entführer.

Ermutigen Sie Leahs Eltern, indem Sie ihnen einem Gruß schicken und so zeigen: Wir stehen an eurer Seite.

Kürzlich hat Open Doors die Eltern der entführten Mädchen aus Chibok besucht. In diesem Video berichten sie, wie es ihnen vier Jahre nach dem Vorfall geht.

<https://www.opendoors.de/aktiv-werden/aktionen/schreiben-und-ermutigen/ermutung-fuer-die-eltern-von-leah>

Pakistan: Film über den deutschen „Engel von Karachi“

Autor der Dokumentation ist der christliche Journalist Markus Spieker

Karachi/Bonn (idea) – Die deutsche Lepra-Ärztin und Ordensfrau Ruth Pfau steht im Mittelpunkt einer Dokumentation im Sender Phoenix. Die im August 2017 im Alter von 87 Jahren verstorbene Pfau war 1960 nach Pakistan gekommen und rettete Zehntausenden Leprakranken das Leben. Laut Sender gelang es ihr „fast im Alleingang“, die Leprakrankheit in Pakistan auszurotten. Sie beriet die dortige Regierung, bekam den Titel einer Ehrenbürgerin und wurde aufgrund ihrer Verdienste „Engel von Karachi“ genannt. Das Staatsbegräbnis, erstmalig bei einer Deutschen, wurde landesweit übertragen. Die 1929 geborene Pfau war Nonne im Orden „Töchter vom Herzen Mariä“. Autor der Dokumentation ist der Journalist und Christ Markus Spieker. Er leitet das ARD-Studio in Neu-Delhi. Der Film sei ein Herzensanliegen von ihm, kaum eine Begegnung habe ihn derart beeindruckt: „In einer Zeit, die von brutalem Machtstreben geprägt ist, brauchen wir Heldengeschichten, in denen nicht Märkte und Territorien, sondern Herzen erobert werden.“ Die Erstaussstrahlung der Dokumentation war am 8. April.

AKREF: Wiederholungen gibt es auf Phönix:

Sendetermine

Fr. 13.04.18, 19.15 Uhr

Sa. 14.04.18, 10.45 Uhr

So. 15.04.18, 06.00 Uhr

Pakistan: Solidarität mit vertriebenen Christen

Christen und Muslime erklären sich solidarisch mit vertriebenen Christen

Lahore (Fides) - Die Kommission für interreligiösen Dialog und Ökumene der Pakistanischen Bischofskonferenz erklärt sich solidarisch mit christlichen Familien in Narowal (Punjab), die von einem einflussreichen muslimischen Unternehmer gewaltsam von ihren Grundstücken vertrieben wurden. Eine Delegation der Kommission, in der muslimische und christliche Religionsvertreter zusammenarbeiten, reiste unter Leitung von Pater Francis Nadeem (ofmCap) und dem muslimischen Religionsvertreter Muslimführer Muhammad Asim Makhdoom nach Narowal um sich vor Ort ein Bild von der Lage zu machen. Gemeinsam mit anderen christlichen und muslimischen Repräsentanten verurteilen sie "den brutalen Akt" und fordern Gerechtigkeit, wobei sie an "die Notwendigkeit sofortiger rechtlicher Schritte" erinnern. Die Kommission versprach in diesem Zusammenhang den Opfern auch jede mögliche Kooperation, darunter eventuellen Rechtsbeistand. Die betroffenen christlichen Familien dankten insbesondere auch dafür, dass „muslimische Religionsführer dieses Unrecht verurteilen und die Regierung zu unverzüglich Maßnahmen gegen die Täter auffordern“.

Am 1. April wurden über 30 christliche Familien gewaltsam aus ihren Häusern vertrieben. Es handelt sich um Gemeindemitglieder der presbyterischen Kirchengemeinde im Dorf Sankhatra im Distrikt Narowal in der Provinz Punjab. Die Christen wurde gezwungen, die Häuser zu verlassen, da diese angeblich auf Grundstücken gebaut wurden, die der Regierung gehören. Dies geschah auf Initiative des Besitzers einer Lehmziegelbrennerei, Muhammad Ismail, Mitglied der Pakistan Muslim League (des ehemaligen pakistanischen Premierministers Nawaz Sharif). Nachdem die Christen das Grundstück verlassen hatten begannen die Mitarbeiter der Ziegelbrennerei mit dem Bau einer Umzäunungsmauer, so dass die vertriebenen Familien nicht zurückkehren konnten. Nach Angaben der Christen versucht Muhammad Ismail, aufgrund von gefälschten Dokumenten Anspruch auf den Besitz des Grundstücks zu erheben. Lokale christliche Gemeinden boten den Vertriebenen Notunterkünfte an.

(PA) (Fides 9/4/2018)

Paraguay: Initiative "Living Peace"

Junge "Friedensbotschafter" gegen Gewalt und Mobbing an Schulen

Asunción (Fides) - "In Paraguay erleben wir soziale Gewalt, die von Aggression und Mobbing geprägt ist. Deshalb versuchen wir, den Jugendlichen Initiativen anzubieten, die Werte vermitteln, wie das gegenseitige Zuhören, Vergebung, Hilfsbereitschaft und Respekt, womit im Alltag neue Räume für Toleranz und Frieden entstehen sollen. Dabei haben wir festgestellt, dass auch das Lernen wesentlich leichter fällt", so Juan de Dios Puerto, ein katholischer Laie der Fokolare-Bewegung, der das Bildungsprogramm „Living Peace“ in Paraguay koordiniert, das er seit 2014 auch in der katholischen San Pedro-Schule in Lambarè (Asuncion), deren Rektor er ist, umsetzt.

In den vergangenen Tagen fand in den Räumlichkeiten des Parlaments von Paraguay das erste „Nationale Forum für den Frieden“ statt: im Rahmen der Veranstaltung wurden 19 Kinder und drei Erwachsene zu „Friedensbotschaftern“ ernannt, die das Programm „Living Peace“ bekannt machen sollen. Das Projekt wurde 2011 auf Initiative von Carlos Palma, einem uruguayischen Laien der Fokolare-Bewegung, in Ägypten ins Leben gerufen. Bei der Veranstaltung sprachen im Anschluss an die Eröffnungsansprache des Gründers und Koordinators des Projekts, Carlos Palma, verschiedene Zeugen über ihr Engagement für Vergebung, Friedensarbeit und Inklusion. Der 16jährige Juan Pablo Galeano, der der Technische Institut Javier besucht erklärte, er sei „überrascht und glücklich“ über diese Anerkennung, die auch eine „Verantwortung“ mit sich bringe. „Ich werde mich um ein friedliches Zusammenleben an meiner Schule bemühen, wo ich auch die Initiative ‚Living Peace‘ bekannt machen werde". Glaucya Lino, die als Grundschullehrerin in Rio de Janeiro unterrichtet, hat betont dass ihre Ernennung zur Friedensbotschafterin, „den Wunsch bestärkt, uns im Alltag für eine friedliche Welt zu engagieren“, auch in den Favelas von Rio, wo sie mit Kindern im Alter von 9 und 10 Jahren arbeitet.

Im Gespräch Fides zeigt sich Puerto optimistisch: "Die Leitungen von Privatschulen und auch die öffentlichen Bildungsbehörden sind an dem Projekt interessiert. Mit diesem Geist organisieren wir ein Sportturnier, das in wenigen Wochen an den Schulen in der Metropole Asunción ausgetragen wird ". Carlos Palma, der 34 Jahre lang als Missionar in Ägypten tätig war, hatte die Idee, unter seinen etwa zehnjährigen muslimischen Schülern, denen er Englischunterricht gab auch Friedenserziehung anzuwenden. Die Initiative „Living Peace“ ist heute in etwa 120 Ländern auf fünf Kontinenten verbreitet und betreut über 200.000 junge Menschen von der ersten Klasse bis zur Universität mit ihren Lehrern und Dozenten.

(SM) (Fides 7/4/2018)

Schweiz: Aufruf zur Kundgebung am 23.6.18



„Hast du eine gute Osterzeit erlebt und die freien Tage genossen?“

So schreibt uns das Team von **verfolgung.jetzt**

Wir geben die Aufforderung zur Kundgebung am

23. Juni 2018 in Bern

gern weiter. Und weiter heißt es in der Einladung:

In Quetta in Pakistan wurde am Ostermontag 2. April eine Familie auf offener Strasse von Männern angegriffen. Eine Frau wurde schwer verletzt, ihr Vater und drei Cousins starben im Kugelhagel. Einen Tag später bekannte sich ein Ableger des "Islamischen Staates" (IS) im Land zum Anschlag.

Nach drei Jahren Gefängnis wurde kürzlich ein anderer Christ in Pakistan aus dem Gefängnis entlassen. Er verbüsste eine Strafe wegen angeblicher Blasphemie. Durch die Hilfe einer Organisation konnte ein Anwalt den Fall anfechten und eine Freilassung erwirken. Seine Familie ist überglücklich, den Vater und Ehemann zurück zu haben.

Gebet: Wir bitten für die Angehörigen der vier getöteten Christen. Mögen sie Gottes Trost und Fürsorge erfahren. Bitten wir darum, dass sie ihre Hoffnung und ihren Glauben nicht verlieren. Wir freuen uns über die Freilassung des Christen.

An der Kundgebung in Bern am 23. Juni solidarisieren wir uns mit Christen, die Not und Leid erleben. Wir erheben unsere Stimme und setzen uns für das Recht der Christen ein, ihren Glauben zu leben.

Lade für den Anlass ein und mache auf die Kundgebung aufmerksam!

Lieber Gruss und danke für dein Engagement!

Das verfolgung.jetzt Team

HMK Schweiz und die Schweizer Evangelische Allianz laden ebenso dazu ein. Gerne schicken sie Flyer zu. Du kannst sie auf der Webseite oder mit einer E-Mail an [news at verfolgung.jetzt](mailto:news@verfolgung.jetzt) bestellen.

Markiere dir den Tag in deiner Agenda und komme am 23. Juni nach Bern auf den Bundesplatz!

Senegal: Gewalt nimmt wieder zu

Casamance: "Lasst uns für den Frieden beten"

Dakar (Fides) - "Wir müssen nach der Tragödie im Januar leider eine Zunahme der Gewalt feststellen", so Erzbischof Paul Abel Mamba von Ziguinchor, der Hauptstadt der Region Casamance im Süden von Senegal, wo seit 1982 ein „schwelender“ Unabhängigkeitskampf anhält.

Das Drama, auf das sich Erzbischof Mamba bezieht, ist der Mord an 13 jungen Holzfällern am 6. Januar in der Nähe des Dorfes Boffa-Bayottes (vgl. Fides vom 8. Januar 2018). Für das Massaker wurden zunächst die Sezessionsbewegung „Mouvement des Forces Démocratiques de Casamance (MFDC)“ verantwortlich gemacht, die jedoch die Vorwürfe zurückwies.

Seitdem hat die Spannung in der Region wieder zugenommen. Am 29. März wurde bei einem Raubüberfall auf der Straße Ziguinchor-Oussouye, ein 33 Jahre alter Mann von bewaffneten Männern getötet und zwei weitere Personen wurden dabei schwer verletzt. Zwei Wochen zuvor hatten bewaffnete Männer das Dorf Kaguitte im Kreis Ziguinchor überfallen und eine Frau als Geisel genommen.

"Wir haben den Eindruck, dass wir Rückschritte machen, da es bisher einen kostbaren Waffenstillstand gegeben hat, der den Dialog auf dem Weg zum Frieden begünstigte", so der Bischof in seiner Osterpredigt weiter. In diesem Sinne lädt Erzbischof Mamba die Regierung und die bewaffneten Gruppen zum Dialog ein, "weil Gewalt niemals eine Lösung war". "Die mächtigsten Armeen der Welt haben es nie geschafft, Frieden mit Gewalt durchzusetzen. Nur durch den Dialog, durch aufeinander Hören und durch Kompromisse kann Frieden geschlossen werden", betonte der Prälat. Abschließend forderte Erzbischof Mamba die Gläubigen auf für den Frieden in der Region zu beten.

Seit 1982 schwelt in der Casamance ein von der MFDC geführte Kampf für die Unabhängigkeit der Region vom Rest des Landes. Nach mehreren Vermittlungsversuchen und einer Spaltung in den Reihen der Sezessionsbewegung schien mit Friedensgesprächen, die im Jahr 2017 mit der von Salif Sadio geführten Fraktion der MFDC aufgenommen worden waren, ein positive Entwicklung begonnen zu haben.

Die Kirche setzt sich auf vielfältige Weise für die Förderung von Frieden und Versöhnung ein. Der Verein "Génération non-violente" soll zum Beispiel Jugendliche für Frieden und Gewaltfreiheit sensibilisieren, damit künftige Generationen sich nicht von Kampfgruppen rekrutieren lassen und der Konflikt beendet wird, weil es keine jugendlichen Kämpfer mehr gibt.

(L.M.) (Fides 10/4/2018)

Sri Lanka: Gemeinden gründen schwer gemacht

(AVC) Sri Lanka, der schöne Inselstaat im indischen Ozean, ist geplagt von jahrzehntelangem Bürgerkrieg. Die Menschen sind gezeichnet und sehnen sich nach einem Umbruch. Unser neuer Partner vor Ort hat sich nach der Öffnung des Nordens entschieden, den Menschen aus dem Kriegsgebiet mit Nothilfe beizustehen. Heute gründet das Team im ganzen Land neue Gemeinden. Und dies ist mit starkem Widerstand verbunden.

Die große Mehrheit der Menschen gehört dem Buddhismus an, darunter auch viele Radikale. Sie sehen es äusserst ungern, wenn sich Buddhisten dem Christentum zuwenden. Immer wieder erleben unsere Partner, wie ein wütender Mob Kirchen demoliert und Christen attackiert. Die Hemmschwelle, Christ zu werden und einer Gemeinde beizutreten, ist somit ungemein hoch.

Wir beten ...

- um Sicherheit für unser Team vor Ort,
- für Schutz der jungen Gemeinden vor Übergriffen,
- um Einsicht der Regierung, dass Christen Schutz brauchen.

Türkei: Der Fall Andrew Craig Brunson

US-Senatoren wollen am Prozess gegen den evangelikalen Pastor Brunson teilnehmen

Ankara (Fides) – Mehrere US-Senatoren baten angeblich das türkische Justizministerium um Erlaubnis, beim bevorstehenden Prozess gegen Andrew Craig Brunson, den in der Türkei inhaftierten US-amerikanischen evangelikalen Pastor, anwesend zu sein. Der Pastor steht vor Gericht weil er angeblich Verbindungen zur Hizmet-Bewegung des türkisch-islamischen Predigers Fetullah Gülen unterhielt, der Ankara als Anstifter des gescheiterten Staatsstreichs vom 15. Juli 2016 betrachtet wird. Die Eröffnung des Prozesses ist für den **16. April geplant**. Nach Angaben der türkischen Tageszeitung „Habertürk“ befindet sich unter den US-Senatoren, die darum bitten, bei den Anhörungen anwesend sein zu dürfen auch einen ehemaliger Studienkollege von Pastor Brunson. Die genaue Anzahl der US-Politiker, die am Prozess teilnehmen wollen, gaben die türkischen Medien zwar nicht bekannt, doch bereits im vergangenen Februar unterzeichneten insgesamt 78 Mitglieder des Kongresses und 37 US-Senatoren einen Brief an den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan in dem sie die bedingungslose Freilassung von Brunson forderten. Brunson riskiert eine Haftstrafe von 35 Jahren, wegen Spionage und Unterstützung der Hizmet-Bewegung und der kurdischen Arbeiterpartei (PKK), die sowohl von der Türkei als auch von den USA als "terroristische Organisation" betrachtet wird.

Im Zusammenhang mit dem Fall evangelikalen Pastors kam es zwischen einem diplomatischen Streit zwischen der türkischen Regierung unter Präsident Erdogan und der aktuellen US-Regierung geworden.

(GV) (Fides 11/4/2018).

vgl. AKREF vom 15.3.18

Vietnam: Lebensstandard hat sich verbessert

(fides) Die Gesellschaft und Kirche in Vietnam stellen bemerkenswerte Initiative unter Beweis. Der Lebensstandard der Bevölkerung hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten enorm verbessert. Die sehr junge Gesellschaft ist in Aufbruchstimmung. Und die katholische Glaubensgemeinschaft weckt auch bei Nichtkatholiken Sympathien für ihre Bemühungen im religiösen und karitativen Bereich: sie sorgt mit ihren Hilfsprogrammen für Zugang zu Trinkwasser, den Bau von Straßen und Brücken, Berufsausbildung, materielle Versorgung für die Ärmsten. Doch das Land sieht sich heute auch erneut mit dem Phänomen der Auswanderung konfrontiert, mit dem sich auch die katholische Glaubensgemeinschaft auseinandersetzen muss.

Nachdem in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts aus Vietnam früher Hunderttausende von Menschen geflohen waren gibt es heute Hunderttausende von Arbeitsemigranten. Der von der Internationalen Organisation für Migration (IOM) mit Sitz in Genf 2017 herausgegebene Bericht "Vietnam Migration. Profile 2016" der in Zusammenarbeit mit den vietnamesischen Regierungskreisen verfasst wurde, liefert einen und konkreten Blick auf den aktuellen Stand und die Herausforderungen neuer Migrationsströme. (...)

LINK

Mehr bei Omnis Terra -> <http://omnisterra.fides.org/articles/view/90>

Vietnam: Wie ein Pastor über Gebet denkt

„Die Kirche ist nur so stark wie ihr Gebetsleben“ ein Interview

(Open Doors) Pastor Barnabas* hat sowohl die Freuden als auch das Leid eines Dienstes in Vietnam erlebt. Er gab ein gut laufendes Geschäft auf, um eine Kirche zu gründen, musste deswegen Verfolgung erleiden und lebte viele Jahre im Exil in Thailand. Für Pastor Barnabas ist ein diszipliniertes Gebetsleben ein Schlüssel für ein fruchtbares Leben sowohl im persönlichen Bereich als auch im Dienst. Wir haben mit ihm über seine Gedanken zum Gebet und sein persönliches Gebetsleben gesprochen.

Pastor Barnabas, was bedeutet Gebet für dich?

Gebet ist das Lebenselixier eines Christen. Wenn ein Pastor betet, bekommt er Mut und Zuversicht, um schwierige Aufgaben anzugehen. Gebet lässt dich den Unterschied verstehen zwischen schwierig und unmöglich. Gott gibt uns die Fähigkeit, das Schwierige zu tun – er wird uns führen und befähigen. Und er wird übernehmen, wenn es an das Unmögliche geht.

Wie wichtig ist Gebet für einen Pastor?

Gebet sollte die höchste Priorität haben. Seit ich Christ geworden bin, versuche ich, jeden Tag mit Gebet zu beginnen. Wenn ich auf die Knie gehe und Gott mein Lob und meine Bitten bringe, dann findet mein unruhiges Gemüt Antworten. Gott zeigt mir den Weg, wenn ich im Gebet zu ihm komme.

Gibt es auch Zeiten, in denen dir Gebet schwerfällt?

Wenn ich zu viel arbeite, wird Gebet nur noch zu einer Gewohnheit. Ich bete, aber bin nicht mit dem Herzen dabei. Ich bete nur noch aus Pflichtgefühl. Ich möchte alle Christen herausfordern, besonders, wenn sie in einem Dienst stehen, dass sie wirklich Zeit ins Gebet investieren!

Du musstest aus Vietnam fliehen und drei Jahre im Exil leben, um nicht verhaftet zu werden. Wie sah dein Gebetsleben in dieser schwierigen Zeit aus?

Mir sind in dieser Zeit eine Menge Fragen durch den Kopf gegangen. Aber die Zeit im Exil bot mir auch viel Gelegenheit zum Gebet. Drei Jahre lang habe ich nur gebetet. Ich habe Disziplin entwickelt und dann ist mir das Beten immer leichter gefallen.

Wofür hast du gebetet?

Als Erstes habe ich für meine Familie gebetet, dass sie stark bleibt und ihren Glauben nicht aufgibt. Ich habe immer an meine Frau und meine Kinder gedacht. Ich habe drei Kinder. Zu der Zeit war mein Sohn 18 Jahre alt und meine Töchter 15 und 12. Ich habe gebetet: „Herr, bitte zeige meiner Familie, warum ich nicht bei ihnen sein kann.“

Mein Sohn hat mir einen Brief geschrieben, einen Monat, nachdem ich geflohen bin. Er sagte, dass er mich sehr liebt und stolz auf mich ist und auf das Opfer, das ich bringe. Aber der Lehrer meiner jüngsten Tochter hat ihr erzählt, dass ihr Vater weggelaufen ist, weil er sein Land verraten hat. Das hat mir das Herz gebrochen. Es hat sie sehr getroffen. Meine andere Tochter hat mich sehr ermutigt. Sie hat mir häufig Bilder von sich geschickt und geschrieben, dass ich mich nicht sorgen soll.

Ich habe außerdem für die Kirche gebetet. Ich hatte ein Netzwerk von unabhängigen Hauskirchen in Vietnam mitgegründet. Der Dienst konnte weitergehen und aufblühen, obwohl ich fort war.

Wie sollten Christen Gebet behandeln?

Wir sollten uns daran erinnern, dass Gebet nicht eine Pflicht ist, die wir in der Kirche erledigen, sondern eine Grundlage unseres Glaubens. Wir gewinnen unsere Kämpfe auf den Knien! Wir sollten uns Zeit nehmen, zu beten. Wir beten, weil es wichtig ist. Wenn ich Kirchen in anderen Ländern besuche, fällt mir häufig auf, dass in ihren Abläufen etwas steht wie: Gebet – 1 Minute. Ich denke, wir sollten Gebet nicht zeitlich begrenzen. Es ist kein Programmpunkt.

Ich durfte in meiner Gemeinde die Macht des Gebets erleben. Wir haben eine 24-Stunden-Gebetskette gestartet. Einzelne Personen können sich für eine bestimmte Zeit eintragen und das Gebet läuft jeden Tag 24 Stunden lang. Wir erleben, wie die Gemeinde geistlich und in Zahlen wächst. Ich habe Folgendes entdeckt: Die Kirche ist nur so stark wie ihr Gebetsleben.

Wie lehrst du in deiner Gemeinde, wie wichtig Gebet ist?

Wenn jemand in unserer Gemeinde Jesus als seinen Retter annimmt, zeigen wir ihm als Erstes, wie er beten kann. Ich versuche außerdem, mindestens einmal im Monat über Gebet zu predigen.

Du stehst als Pastor in der verfolgten Kirche an vorderster Front. Wie wichtig ist das Gebet anderer Christen für euch?

Wenn du für jemanden betest, bleibt diese Person in deinem Herzen. Deine Liebe für sie wächst, wenn du für sie betest. Ich bin sehr froh, dass viele Mitglieder meiner Gemeinde für mich beten. Denkt einmal über diese Frage nach: Wie kannst du zu jemandem sagen, dass du ihn liebst, wenn du nicht für ihn betest? Wie sehr du es zu deiner Gewohnheit machst, für jemanden zu beten, bestimmt, wie sehr du ihn liebst.

Was rätst du Menschen, die sehr beschäftigt sind und wenig Zeit haben, um zu beten?

Wenn harte Zeiten kommen, tendiere ich dazu, mehr zu handeln und weniger zu beten. Ich habe gelernt, eine Haltung des Gebets in allen Bereichen meines Lebens zu entwickeln. Ich glaube, was Paulus meinte, als er uns aufforderte, „ohne Unterlass zu beten“, ist, dass wir regelmäßig eine Pause machen, uns einen ruhigen Ort suchen und beten. Aber ich glaube auch, dass es bedeutet, in einer Haltung des Gebets zu bleiben, egal, was wir tun. Es bedeutet, dass wir uns immer mehr Gottes Gegenwart in unserem Alltag bewusst werden. Wenn ich Brot backe, bete ich. Wenn ich Auto fahre, bete ich.

Ist es eine Sünde, nicht zu beten?

Ich würde nicht sagen, dass man es kategorisch als Sünde bezeichnen kann, wenn man nicht betet. Aber die Person wird sehr viel verpassen, wenn sie kein gebetserfülltes Leben führt. Wenn du nicht betest, wirst du nicht geistlich wachsen. Das Fehlen von Gebet macht uns schwach. Es ist deine Entscheidung, ob du betest oder nicht. Ein Leben ohne Gebet ist keine Sünde, aber es kann uns leicht in Sünde führen, denn wenn du nicht betest, bist du Gott fern, und wenn du fern von Gott bist, wirst du leichter sündigen.

*Name geändert

Zum Welt-Roma-Tag

Vereinte Nationen sollen Verantwortung für eigene Fehler übernehmen

Vergiftete Roma-Flüchtlinge aus dem Kosovo endlich entschädigen!

(GfbV) Anlässlich des Welt-Roma-Tages (8. April) hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) den Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, dazu aufgefordert, endlich die rund 600 Roma zu entschädigen, die nach dem **Kosovo-Krieg** durch die Unterbringung in bleiverseuchten UN-Flüchtlingslagern schwere gesundheitliche Schäden erlitten haben.

„Es ist höchste Zeit, dass die UN den Empfehlungen ihres eigenen Menschenrechtsbeirats, dem „Human Rights Advisory Panel“ (HRAP), folgen und für die Fehler der UN-Mission im Kosovo UNMIK gerade stehen“, heißt es in dem Appell der Menschenrechtsorganisation an Guterres. „Wenn sich die Vereinten Nationen nicht an die eigenen Regeln halten, unterhöhlen sie ihre Glaubwürdigkeit.“ Der UN-Generalsekretär müsse sich auch bei den Flüchtlingen entschuldigen und für ihre medizinische Behandlung sorgen.

Nachdem die GfbV jahrelang dafür gekämpft und mehr als 190 Betroffene zusätzlich die US-amerikanische Rechtsanwältin Diane Post mit der Wahrnehmung ihrer Interessen beauftragt hatten, hatte der Menschenrechtsbeirat 2016 eine individuelle Entschädigung der Betroffenen empfohlen. Zuvor hatte er festgestellt, dass die UNMIK im Umgang mit den ihr anvertrauten Roma, Aschkali und Kosovo-Ägyptern zahlreiche Rechtsverstöße begangen hat.

„Die UN müssen für die Rechtsverletzungen, unter deren Folgen die Flüchtlinge und ihre Kinder zum Teil ihr Leben lang leiden werden, die Verantwortung übernehmen,“, erklärte die GfbV-Südosteuropareferentin Jasna Causevic. „Nur so kann die UN ihrem eigenen Anspruch, dass Recht und Gesetz für alle Menschen gleichermaßen gelten, gerecht werden. Gerade für die Roma-Minderheiten, die in vielen Staaten Diskriminierung und Verfolgung ausgesetzt sind, ist es besonders bitter zu erfahren, dass die UN sich ihnen gegenüber offenbar nicht an diese Regeln halten will.“

Guterres hatte 2017 vorgeschlagen, für alle Roma in dem Großraum um die ehemaligen Flüchtlingslager einen Treuhandfonds einzurichten, aus dem Infrastruktur- und Fördermaßnahmen für die Minderheitenangehörigen bezahlt werden sollen. Welche Länder in den Fonds einzahlen sollten, wurde nicht definiert. Bis heute sind auch keine Gelder eingegangen. „Der Vorschlag von Guterres ist so unverbindlich, dass es fraglich bleibt, ob die Geschädigten dann auch jemals etwas bekommen werden“, kritisiert Dianne Post. „Meine Klienten verlangen jedoch Gerechtigkeit und individuelle Entschädigungen, wie es der Beschluss des HRAP vorsieht.“

Kontakt: Jasna Causevic, GfbV-Referentin für Südosteuropa

E-Mail: j.causevic@gfbv.de, presse@gfbv.de

Disclaimer: Die Deutsche Evangelische Allianz und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von DEA oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF-Nachrichten unterstützen möchten, können Sie gerne eine Spende richten an:

Deutsche Evangelische Allianz
Konto Nr. 416800 EKK, BLZ 520 604 10
Verwendungszweck "AKREF"

Links

www.csi-de.de

www.ead.de/arbeitskreise/islam/arbeitskreis-islam.html

www.ead.de/arbeitskreise/religionsfreiheit/arbeitskreis-religionsfreiheit.html

www.ead.de/arbeitskreise/religionsfreiheit/gebetsanliegen/aktuelle-woche.html

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org (Forum 18 News Service)

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]